

388  
389

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michew.*  
Wien. 1. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 2. November 1918. Nr 388.

Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 3. November bis 9. November gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 13 des rosa- und weissen Fleischeinkaufscheines. Der Preis des städtischen Unterzündholzes (gespalten) beträgt 36 h für weiches und 29 h für hartes Holz per kg.

Petroleumabgabe im November. In der Zeit vom 3. bis 30. November werden auf Grund der Petroleumbezugskarten nachfolgende Mengen ausgefolgt: Für Wohnungen, Waschküchen und für die Beleuchtung der Flure, Stiegen und Gänge für jede Flamme wöchentlich  $\frac{1}{2}$  l, für Heimarbeiter und Geschäftslokale wöchentlich 1 Liter und für Untermieter  $\frac{1}{2}$  Liter wöchentlich.

Kartoffelabgabe. Die Kartoffelquote wird für die kommende Woche wieder mit 1 kg pro Kopf festgesetzt. Die Kartoffeln werden in sämtlichen Bezirken von Dienstag bis Freitag in der üblichen Art gegen Abtrennung des Abschnittes F der Kartoffelkarte abgegeben.

## 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 2. November 1918. Nr 389.

Städtische Gaswerke. Ab 1. d.M. ist die Gebrechenanmeldestelle 13. Bezirk Jagdschlossgasse 1 (Fernsprecher 84.098) aufgelassen, Meldungen und Beschwerden werden in den Gaswachstuben 13. Bezirk Einwanggasse Nr 17 (Fernsprecher 34.165) und 13. Bezirk Auhofstrasse, Stadtbahnbogenöffnung bei der Deutschordensstrasse (Fernsprecher 81.097) entgegengenommen.

## Beschreibung der städtischen Kassenscheine.

F ü n f Kronen: Format 75/117 mm mit graublauem Raster, schwarzgrünem Textdruck und schwarzer Nummerierung. Die Noten zeigen die Unterschrift des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, des ersten Vizebürgermeisters Heinrich Hierhammer und des Stadtrates Leopold Romola.

Z w a n z i g Kronen: Format 83/127 mm mit hellgrauem beiderseitigem Wellenraster, Guilloche-Untergrund in stahlblau, Zeichnung und Schrift in violett. Die Noten tragen die Unterschriften des Bürgermeisters Dr. Richard Weiskirchner, des Vizebürgermeisters Hoss und des Stadtrates Heinrich Schmid.

F ü n f z i g Kronen: Format 92/140 mm, mit hellgrauem Wellenraster beiderseits, Vorderseits Zeichnung in den Farben grüngrau und dunkelbraun und Rückseite Raster und Text in denselben Farben. Die Noten tragen die Unterschriften des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, des Vizebürgermeisters Josef Rain und des Stadtrates Zatzka.

H u n d e r t Kronen: Format 100/150 mm, ein grau-violetter Ton mit dunkelblauer Umrandung und Textdruck, auf der Vorderseite ein roter Unterdruck der Ziffer 100. Auf der Rückseite im roten Unterdruck das Gemeindewappen mit roter

Abgabe von Einheits- und Extremrindfleisch. In der mit Donnerstag, 7. d.M. beginnenden Abgabewoche von Einheits- und Extremrindfleisch werden von den weissen Rindfleisch-

einkaufscheinen die mit dem Buchstaben S versehenen Abschnitte bei einmaligen Bezüge der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezüge in zwei Teilen gesondert abgetrennt.

Einfassung. Die Nummerierung ist schwarz. Die Noten sind unterzeichnet vom Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner, und den Stadträten Leopold Branneiss und Vinzenz Wessely.

-----  
Obmännerkonferenz. Gestern Vormittags fand unter dem Vorsitze des Bürgermeister Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der 3 Vicebgm. eine gemeinderätliche Obmännerkonferenz statt. Auf Grund eines umfassenden Berichtes des Obermag. Rat Dr. Ehrenberg über den Kartoffel-einlauf fasste die Konferenz vorbehaltlich des Einverständnisses des deutsch-österr. Staatssekretärs für Ernährungswesens den Beschluss, Vertreter der Gemeinde Wien sofort nach Prag zu entsenden die mit dem czechoslowakischen Nationalrate bezüglich der Kartoffelausfuhr nach Wien in Verhandlung treten sollen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete hierauf über die vom Bankenkonsortium für die Regelung des 250 Millionen Kronen Darlehens vorgeschlagenen Modalitäten und schlägt nach einer eingehenden Debatte, an welcher sich sämtliche Mitglieder der Konferenz beteiligten, die Einsetzung eines Komitees der Obmänner Konferenz vor, welches mit dem Bankenkonsortium bezüglich der Begebungsbedingungen, sofort in Verhandlung zu treten hat. Dieser Anregung stimmte die Konferenz einhellig zu.

Zum Schluss stellte GR. Reumann den Antrag, auf Permanenzerklärung der Obmännerkonferenz. Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärte in dieser Angelegenheit die weiteren Schritte zu veranlassen.

-----  
Die neutralen Gesandten beim Bürgermeister. Gestern vormittags statteten der nuntius, der holländische, der argentinische und der peräische Gesandte namens der diplomatischen Vertretungen der neutralen Staaten dem Bürgermeister einen Besuch ab, um ihre guten Dienste ( leur bones services ) der Gemeindeverwaltung hinsichtlich der Versorgung mit unentbehrlichen Lebensmitteln anzutragen. Der Bürgermeister nahm dieses Anerbieten mit verbindlichem Danke an, schilderte eingehend die knappe Ernährungslage der 2 Millionen - Stadt und erstattete Vorschläge, in welchen Richtungen hin die diplomatischen Missionen ihre Tätigkeit im Interesse der Stadt entfalten können.

-----

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 4. November 1918. No 391.

Akademischer Bahnhofsdienst. Gestern abends fand te im Bürgermeister eine Beratung mit einer Abordnung des Akademikerkomitees statt, welches sich zur Aufgabe gestellt hat, zur Unterstützung der Polizei auf allen Wiener Bahnhöfen einen Dienst einzurichten, um den ankommenden und abreisenden Soldaten bei ihrer Weiterbeförderung, resp. Unterbringung behilflich zu sein. Hierbei wurde die Frage der Bereitstellung von Schulen zur Bequartierung der durchreisenden Mannschaft einer eingehenden Erörterung unterzogen.

Die Kohlenversorgung. Infolge der Sperre der Ausfuhr aus Böhmen, welche den Kohleneinlauf nach Wien nahezu gänzlich unterbunden hat, kann auch in der 53. Woche, d. i. vom 3. bis 9. d. M. kein Zimmerbrand ausgegeben werden. Auf den städtischen Lagerplätzen wird wie in der Vorwoche ein ganze r Küchenbrand mit 20 kg Steinkohle eingelöst. Heizkohle auf Grund von Bezugsscheinen bzw. Bezugskarten für Gewerbe wird überhaupt nicht ausgegeben.

3. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 4. November 1918. No 392.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Im Stande der rechtskundigen Beamten Rudolf Luwig zum Oberkommissär und Dr. Karl Maria Güllich zum Magistrats Konzipisten; im Stande der Buchhaltung Josef Petter zum Oberrevidenten, Robert Grechtshammer, Gustav Binder, Gregor Meidlinger, Franz Sezemesky, Wilhelm Rieß, Johann Guschelbauer, Ignaz Lolt, Ludwig Pankl, Franz Biegler, Konrad Mittermeyer, Hans Steinsberg, Karl Krejci, Franz Vesely, Rudolf Thürmer, Rudolf Rinnessel, Franz Plank, Leo Kundy und Franz Dub zu Rechnungsrevidenten, Franz Pfautsch, Franz Aumüller, Hans Männer, Maximilian Posch und Karl Bracher zu Rechnungsassistenten; im Marktamt Julius Klosak zum Inspektor, Adolf Müller zum Offizial und Johann Georg Bauer zum Akzessisten; im Stande der Kanzlei Rudolf Hackel zum Oberoffizial, Otto Würt zum Offizial, Otto Klettenhofer, Friedrich Mayrhofer und Franz Anderl zu Akzessisten.

Gemeindevermittlungsämtler. Die Verhandlungen der Gemeindevermittlungsämtler <sup>und Marienhilfen</sup> finden diesen Monat jeden Mittwoch ( 6., 13., 20. und 27. ) statt.

Simmeringer Friedhof. Nach dem 1. Jänner 1919 werden die in der Zeit vom 3. Jänner 1904 bis 11. Februar 1905 belegten Schachtgräber in den Gruppen 7, 9 und 12 des Simmeringer Friedhofes ( alter Teil ) wiederbelegt. Enterdigungen der Leichenreste aus diesen Gräbern sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig. Die Gesuche um die Bewilligung zur Enterdigung sind bis längstens 15. Dezember d. J. beim Wiener Magistrat, städtisches Gesundheitsamt ( 1. Neues Rathaus ) einzubringen; später überreichte Gesuche werden nicht berücksichtigt. Die Grabkreuze werden nach dem obigen Termin nach Massgabe der fortschreitenden Belegung von den

Grabstellen entfernt und im Friedhofe hinterlegt. Sie werden den Parteien, die bis spätestens 31. Oktober 1919 ihr Eigentumsrecht nachweisen, ausgefolgt; über den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde.

Erste Oesterreichische Sparkasse. Im Oktober wurden bei der ersten Oesterreichischen Sparkasse im Spar- und Scheckverkehre von 31.471 Parteien K 34,270.069 eingelegt und an 27.052 Parteien K 41,368.080 rückgezahlt. Der Gesamteinlagenstand belief sich am 31. Oktober auf K 749,369.963. Hypothekar Darlehen wurden K 1,293.086 zur Zeichnung von Kriegsanleihe zugezählt, dagegen K 3,781.607 rückgezahlt. Der Stand der Hypothekar-Darlehen stellte sich Ende Oktober auf K 320,074.156. Die Pfandbrief-Darlehen beliefen sich am 31. Oktober auf K 17,930.421 und waren an 60 jährigen Pfandbriefen im Umlaufe K 18,306.400. Wechsel wurden K 16,801.078 eskomptiert, dagegen K 18,005.796 einkassiert und Kassenscheine der österr. ung. Bank K 8,300.000 angekauft, dagegen K 9,800.000 einkassiert; der Besitz an Wechseln und Kassenscheinen der österreichisch ungarischen Bank betrug am 31. Oktober K 69,506.381.

Zur Sicherung von San Pelagio. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Nationalrat des jugoslavischen Staates in Laitach folgendes Schreiben gerichtet: Die Stadtgemeinde Wien besitzt in San Pelagio bei Rowigno ein Seehospiz für 380 kranke Kinder und ein im Bau befindliches Erholungsheim für städtische Angestellte auf der Insel Arbe. Die erstere Anstalt hat bisher für Tausende von Grosstadtkindern segensreich gewirkt und auch von der zweiten Anstalt erhofft sich die Gemeinde Wien das Beste im Interesse der Erholung und Kräftigung ihrer Angestellten. Ich gebe mit die Ehre, den Nationalrat zu bitten, diese beiden Anstalten, die humanitären und rein menschlichen Zwecken dienen, in seinen besonderen Schutz zu nehmen.

Lebensmittel aus Galizien. Die polnische Liquidationskommission in Krakau hat in einem Schreiben, welches von den polnischen Nationalräten Dr. Tertil, Daszynsky und Wietos unterfertigt ist, dem Bürgermeister mitgeteilt, dass sie am 30. Oktober die Ausfuhrbewilligung für Schlachtpferde und Wurst, einstweilen in geringem Ausmasse, für die Approvisionierung der Stadt Wien an eine hiesige Firma ausgestellt hat. In dem Schreiben heisst es weiter: Bei Ausstellung dieser Bewilligung hat die Kommission einerseits der schweren Lage der Bevölkerung Wiens Rechnung getragen, und gibt andererseits der Hoffnung Ausdruck, dass der Bürgermeister das Bestreben der polnischen Vertretung weiterhin bei Führung des Austauschhandels zwischen Galizien und Wien die Unterstützung angeheihen lassen werde.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt diese Woche Donnerstag und Freitag 10 Uhr vormittags zu Sitzungen zusammen.

393

4. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 4. November 1918. Nr. 393.

Zur Milchversorgung Wiens. Seit einigen Tagen bleibt die Milch aus den slavischen Gebieten Mährens sowie aus Ungarn insgesamt ein Quantum von ungefähr 35.000 Liter täglich - infolge Beschlagnahme durch die nationalen Regierungen aus. Siedurch wird die Versorgung der Kinder bis zu einem Jahre und der Kranken in Wien bedroht. Der Bürgermeister hat sich aus diesem Anlasse telegraphisch an den Narodny Vybor in Brünn, sowie an die ungarischen Staatssekretäre für Volksernährung und für Handel und Gewerbe mit der dringenden Bitte um sofortige Freigabe dieser Milchmengen gewendet und überdies bezüglich der mährischen Milchlieferungen Verhandlungen mit dem Gesandten des tschechoslowakischen Staates, Herrn Vlastimir Tušar, gepflogen. Herr Tušar hat die Freigabe der mährisch slavischen Provinzen in bereitwilligster Weise zugesagt. Die Milchversorgungsstelle wurde unter einem durch den Bürgermeister aufgefordert, alle möglichen Vorkehrungen zu treffen, dass wenigstens die Versorgung der Säuglinge und Kranken mit Milch aufrecht erhalten werden kann

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michow,  
Wien. I., Neues Rathaus.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 5. November 1918. No 394.

Abgabe von Zuchtstuten für Pferdelizitationen. Die zu einzelnen Pferde-Verwertungsstellen zugeschobenen Zuchtstuten sind zur Unterstützung der heimischen Pferdezucht bestimmt, und werden bei den Pferdelizitationen an Züchter veräußert; die von den magistratischen Bezirksämtern ausgestellte Kauflegitimation muss in diesen Fällen die Bestätigung des Inspizierenden der Pferde-Ergänzung oder des zuständigen Pferde-Evidenz Offiziers tragen, dass der Bewerber Züchter ist. Die Ersterer solcher Stuten sind verpflichtet, dieselben von einem <sup>neu</sup> zuständigen Staatshengststanddepotkommandanten zu nomierenden Hengste decken zu lassen; Haltungsdauer bis Ende Dezember 1919.

Vorträge über Schulhygiene. Die Vereinigung für soziale Hygiene und Medizin des Wiener medizinischen Doktorenkollegiums veranstaltet für Aerzte einen Zyklus von Vorträgen über Schulhygiene. Der nächste Vortrag findet morgen Mittwoch 7 Uhr abends in der Klinik Finger statt. Primarius Prof. Dr. Hanke wird über Augenkrankheiten im schulpflichtigen Alter und deren Beseitigung sprechen.

Bezirksratssitzung. Die Bezirksvertretung Währing hält Freitag 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Dringender Bedarf an Arbeitskräften bei einzelnen städtischen Betrieben. Bei einigen städtischen Unternehmungen herrscht derzeit ein derartiger Mangel an Arbeitskräften, hauptsächlich an Schlossern, Maurern und Hilfsarbeitern, dass die Fortführung der Betriebe gefährdet ist. Es ergeht daher an alle freien Arbeitskräfte die Aufforderung, sich für diese Betriebe zu melden. Die Lohnbedingungen sind günstige. Anmeldungen nimmt entgegen: Der öffentliche allgemeine Arbeitsnachweis der Stadt Wien, 7. Bezirk Kenyongasse 25 und 7. Bezirk Neubaugürtel 38.

395-396

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 6. November 1918. Nr 395.

Freigabe der ungarischen Milchsendungen nach Wien. Hinsichtlich der Milchlieferungen nach Wien ist bereits ein erfreulicher Erfolg der Gemeinde Wien zu verzeichnen. Der ungarische Handelsminister Garami hat nämlich dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner in Erwiderung auf seine telegraphische Bitte um Freigabe der ungarischen Milchlieferungen heute telegraphisch bekanntgegeben, dass seitens des ungarischen Handelsministeriums verfügt wurde, dass die nach Wien bestimmten Milchsendungen unbehindert weiterbefördert werden. Hinsichtlich der mährischen Milchlieferungen sind bekanntlich Verhandlungen zwischen den von der Gemeinde Wien nach Prag entsendeten Vertretern und den dortigen Behörden im Zuge.

Schulbeginn am 7. November. Infolge Ausbreitung der Grippe war die Sperrung sämtlicher Schulen Wiens bis einschliesslich 6. d.M. angeordnet worden. Da dieser Termin von den Schulbehörden nicht weiter erstreckt wurde, wird morgen (Donnerstag) der Unterricht wieder aufgenommen.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 6. November 1918. Nr 396.

Lebensmittelhilfe für Wien. Bürgermeister Kraft von Ernsbrunn hat an Bürgermeister Dr. Weiskirchner nachstehendes Telegramm gerichtet: Eine Versammlung sämtlicher Bürgermeister des politischen Bezirkes Mistelbach hat in Gegenwart des Bezirkshauptmannes Dokaupil und der Landtagsabgeordneten Freund, Bogendorfer und Eisenhut die einmütige Versicherung abgegeben, so rasch wie möglich, alle verfügbaren Getreide- und Lebensmittelvorräte zur Verfügung der bedrängten Stadt Wien abzuliefern.

Erledigte Lehrstellen. Im Wiener Schulbezirke kommen 16 Bürgereschullehrer -, 24 Volksschullehrerstellen 1. Klasse - 9 Volksschullehrerstellen 2. Klasse - 21. Bezirksaushilfslehrerstellen - 12 Bürgereschullehrerinnen-, 11 Volksschullehrerinnenstellen 1. Klasse und 10 Bezirksaushilfslehrerinnenstellen zur Besetzung. Gesuche sind bis 3. Dezember zu überreichen.

Aus dem Stadtrat. Nach einem Antrage des StR. Schneider wird die Herstellung eines Zufahrtsgeleises zum Sandlager im Bahnhof Hernalt mit den Kosten von 20.000 Kronen genehmigt. - In Fortsetzung der Erweiterung der Küchenanlagen in der Anstaltsküche Favoriten der städtischen Strassenbahnen wird die Aufstellung eines Backschrankes für 12 Pfannen und zweier Speisekessel mit den Kosten von 11.500 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Dr. Haas wird die Anschaffung einer neuen Waschmaschine für die Infektionswäscherei im städtischen Donaubaad mit den Kosten von 13.000 Kronen genehmigt. -

3. Ausgabe.

Wien, Mittwoch 6. November 1918 N<sup>o</sup> 397.

Obmänner - Konferenz. Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der drei Vizebürgermeister fand heute abends im Rathause eine gemeinderätliche Obmänner - Konferenz statt. Die Direktoren Menzel und Karel erstatteten Bericht über die Versorgung der Gas- und der Elektrizitätswerke mit Kohle und teilten mit, daß die beiden Werke an einen Ersatz für die als Arbeiter beschäftigten italienischen Kriegsgefangenen schreiten müssen die in ihre Heimat zurückkehren wollen. Mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Mangel an verwendbaren Arbeitskräften werden die Direktionen der beiden Werke durch Plakatierung, Errichtung von Werbestellen auf den Bahnhöfen u. s. w. die Aufforderung ergehen lassen, sich zur Arbeit in den beiden Werken zu entsprechendem Lohne zu melden.

Ueber die Versorgung mit Hausbrandkohle erstattete Magistratsrat Dr. Fastenbauer einen Bericht, nach welchem vorläufig bis Mitte nächster Woche der Hausbrand sichergestellt sei. Er teilte mit, daß er soeben verständigt worden sei, daß die Verhandlungen mit dem Vertreter des tschechoslovakischen Staates abgeschlossen seien. In Prag werde morgen der Antrag eingebracht werden, daß die böhmische Braunkohle und Ostrauer Kohle in dem festgesetzten Ausmaße für Wien abgesendet werde.

Hierauf berichtete der Direktor des städtischen Wohnungsamtes Dr. Sagmeister über die Notwendigkeit der Bereitstellung von Wohnräumen und führte aus, daß die Ereignisse in den Nachbarstaaten einen größeren Zuzug von Einzelpersonen und Familien österr. Staatsangehörigkeit nach Wien unmittelbar gewärtigen lassen. Die Obmänner - Konferenz stimmte dem Vorschlage des Referenten bei, die sofortige Durchführung der bereits im Ministerium für soziale Fürsorge anhängigen Massregeln in dieser Frage zu verlangen. Da gegenwärtig leere Wohnungen so gut wie gar nicht vorhanden sind, eine Abwanderung angesichts der Verkehrsstockung ( Unmöglichkeit der Fahrt, des Möbeltransportes etc. ) in nächster Zeit auch nicht zu erwarten ist erscheine ein Zuzug nach Wien Augenblicklich nicht redlich. Selbst wenn die vorerwähnten Massnahmen zur Durchführung gelangen werden die gewonnenen Wohnräume kaum für den dringendsten Bedarf der gezwungenermassen nach Wien kommenden Deutsch - Oesterreicher hinreichen.

Die Obmänner - Konferenz beschäftigte sich abermals mit der Anleihefrage und gelangte zu Bedingungen, über welche mit den Banken neulich zu verhandeln sein wird.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien. I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 7. November 1918. Nr 398.

Gasverbrauchseinschränkungen. Schon seit einer Woche macht sich unter dem in den beiden Gaswerken Leopoldau und Simmering beschäftigten italienischen Kriegsgefangenen eine Bewegung geltend, welche auf Einstellung der Arbeit hinzielte. Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärte sofort, die Kriegsgefangenen als freie Arbeiter und haben dieselben auch weder Lohnforderungen, noch andere Ansprüche gestellt, es ist lediglich der unbezwingbare Drang nach der Heimat, der sich zum Verlassen von Wien bestimmte. Zu Beginn der Woche haben die Verhandlungen dahin geführt, dass die Italiener versprochen, noch bis Ende der Woche, also bis Sonntag, 10. d. M. zu bleiben. Gestern abends 10 Uhr legten sie aber die Arbeit plötzlich nieder und waren bisher zu jeder Aufnahme der Arbeit nicht zu bewegen. Infolge dessen werden im Gaswerk Simmering rund 200.000 m<sup>3</sup> Gas weniger erzeugt. Im gleichen Verhältnisse entwickelte sich im Gaswerk Leopoldau. Die Gaswerksdirektion bot alles auf, um Ersatzarbeiter zu bekommen, leider bisher mit geringem Erfolg. Bürgermeister Dr. Weiskirchner begab sich heute zu den Präsidenten Seitz und Hauser der Nationalversammlung, um über diesen Notstand und seine Konsequenzen zu berichten. Präsident Seitz ersuchte, die Abgeordneten Pittoni und Ellenbogen mit den Italienern in ihrer Sprache zu verkehren und sie aufzufordern, bis zur Beschaffung der Ersatzkräfte die Arbeit weiter zu verrichten. Die Gemeinde hat in den Strassen Plakate anschlagen lassen und in den Strassenbahnwagen kleine Zettel mit der öffentlichen Aufforderung sich zur Arbeit im Gaswerke gegen angemessenen Lohn zu melden, die Verköstigung daselbst ist ebenfalls sichergestellt.

Aus diesen erwähnten Gründen müssen daher zu gewissen Tageszeiten vorübergehende Sperrstunden eingeführt werden, und zwar von morgen Freitag ab von 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und von 1 Uhr bis 1/25 Uhr nachmittags.

-----

2. A n s g a b e.  
=====

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 7. November 1918. Nr 399

Zur Gaswerkseinschränkung. Amtlich wird weiters verlautbart: Infolge Störungen im Gaswerksbetriebe sind die städtischen Gaswerke gezwungen, ab Freitag, 8. d.M. die Gasabgabe in den Tagesstunden von 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und von 1 Uhr bis 1/2 5 Uhr nachmittags gänzlich einzustellen.

Während dieser Sperrstunden wird der Druck im Gasrohrnetze derart herabgesetzt sein, dass die Verwendung des Gases unmöglich ist. Um Gasauströmungen und die damit verbundenen Gefahren zu vermeiden, wird jedoch Gasabnehmer dringends aufgefordert, während der Sperrstunden sowohl alle Hähne der Gasverbrauchseinrichtungen ( Beleuchtungskörper, Kochplatten, Oefen u.s.w. als auch den Gasmesser geschlossen zu halten. In den übrigen Tages- und Nachtstunden darf Gas nur zu den dringendsten Zwecken und in sparsamsten Masse verwendet werden, da andernfalls die Gasabgabe gänzlich eingestellt werden müsste.

Vom Kriegsküchenkommissariate wird hierzu mitgeteilt: Da durch diese Massregel der Betrieb der Kriegs- und Gemeinschaftsküchen mit Gasfeuerung gefährdet ist, bleibt nur der Ausweg übrig, dass alle Kriegs- und Gemeinschaftsküchen mit Gasfeuerung schon in den Nachtstunden zu kochen beginnen, um bis 8 Uhr früh mit der Zubereitung der Speisen fertig zu werden.

-----  
Aus dem Stadtrate. Zu Beginn der heutigen Stadtratsitzung beglückwünschte Bürgermeister Dr. Weiskirchner die hohen Staatsämtern berufenen Mitglieder des Stadtrates Dr. Mataja und von Steiner und gab der Erwartung Ausdruck, dass die Herren auch in ihren neuen Würden die Interessen der Gemeinde Wien jederzeit fördern werden. - StR. von Steiner versicherte, dass er jederzeit gerne bereit sein werde, die Interessen der Stadt zu wahren und erklärte, sein Stadtratsmandat mit heutigem Tage zurückzulegen. - Der Bürgermeister bat ihn, wenigstens dem Gemeinderate weiterhin angehören zu wollen, damit die beiden Chefs der politischen Behörden im Gemeinderate vertreten bleiben.

-----  
Die Aktion der neutralen Vertreter. Wie wir bereits gemeldet, haben die Vertreter der neutralen Staaten unter der Führung des päpstlichen Nuntius dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner ihre guten Dienste hinsichtlich der Ernährung der Bevölkerung der Stadt Wien zur Verfügung gestellt. In Ausführung dieser Zusage haben nun die gesamten neutralen Diplomaten die vom Bürgermeister verfasste Denkschrift über die Ernährungslage Wiens mit nachfolgender Einbegleitung an die in Betracht kommenden Staaten Oesterreich Ungarns und zwar: an den tschecho slovakischen, ungarischen, polnischen und südslavischen Staat gesendet.

Von dem Wunsche getrieben, Entbehrungen und Leiden zu lindern, haben die diplomatischen Vertreter der neutralen Staaten am Wiener Hofe in Kenntnis der offiziellen Berichte, welche den Ernst der gegenwärtigen Ernährungslage nachdrücklich bestätigen, in einer Besprechung im Palaste der apostolischen Nuntiatur einstimmig den Beschluss gefasst, die Gefühle der Menschlichkeit der Staatsämtern anzurufen, die sich soeben gebildet haben und ihnen wärmstens zu empfehlen, dass sie der beiliegenden Denkschrift, die der Bürgermeister der Stadt Wien Dr. Weiskirchner durch ihre Vermittlung an Sie richtet, wohlwollende Beachtung schenken mögen. Sie zweifeln nicht, dass die hohen Staatsämtern ihrer dringenden Bitte, die in keiner Weise aus Erwägungen politischer Art entsprungen ist, Gehör geben und die von der Stadt Wien ausgesprochene Bitte so rasch erfüllen werden. Sie gestatten sich die Hoffnung auszusprechen, dass der hohe Adel der Gesinnungen der die geehrten Staatsämtern ausgezeichnet die altehrwürdige Stadt, eine berühmte Heimstätte der Wissenschaften und Künste, vor einer

Katastrophe der öffentlichen und sozialen Gefahren bewahren wird, deren Wirkungen sich gewiss sicher auch in den Nachbarstaaten fühlbar machen würden. Die diplomatischen Vertreter der neutralen Staaten in Wien beeilen sich, den hohen Staatsämtern im Vorhinein ihren Dank und Anerkennung für die Hilfe und Unterstützung, die sie der Stadt Wien in ihrer schwierigen Lage gewähren wollen, auszudrücken.

-----  
Kutscher, Depotarbeiter und Stallburschen werden in grösserer Anzahl sofort aufgenommen. Bewerber können sich täglich von 8 Uhr früh angefangen in der Betriebskanzlei des städtischen Fuhrwerksbetriebes für die Strassenpflege 2. Bezirk Obere Augartenstrasse 16 vorstellen.

+ + + +

NB. Die Bauamtsdirektion bittet höflichst um Berücksichtigung vorstehender Notiz.

-----

250 Millionen Kronen Anlehen der Gemeinde Wien. In der *ad*  
heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete Bürgermeister *399*  
Dr. Weiskirchner über die Aufnahme eines 250 Millionen  
Kronen Anlehens der Stadt Wien. Der Bürgermeister  
schilderte den Gang der Verhandlungen mit den Banken und  
bemerkte, dass es bei der Erwacht der leitenden Persön-  
lichkeiten der Wiener Banken in die politische und wirt-  
schaftliche Lage und ihrem Entgegenkommen gelungen sei,

verhältnismässig günstige  
Bedingungen zu erzielen. Mit Genugtuung könne er hervor-  
heben, dass die Gemeinde Wien die erste öffentliche  
Körperschaft sei, welche in diesen schwierigen Zeiten  
ein langfristiges Anlehen zu billigen Zinsen erhalten hat.  
Die Banken übernehmen das Anlehen zu  $89\frac{1}{2}$  % und werden es  
zur öffentlichen Subskription zum Kurse von 91 auflegen.  
Die Laufzeit des Anlehens beträgt 60 Jahre, der Zinsfuß  
4 %. Die Anträge des Berichterstatters werden einstimmig  
angenommen. Das Referat wird den Gemeinderat in der nächsten  
Sitzung beschäftigen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Jimmy Michew.*  
Wien, I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 8. November 1918. N<sup>o</sup> 400.

**Abgabe von Wohlfahrtsfleisch.** In der 79. Woche wird mit Genehmigung des deutsch-österreichischen Staatsamtes für Volksernährung an die Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine gegen Abtrennung des Buchstaben R Wohlfahrtsfleisch und zwar 1/8 kg zum Preise von 80 h für jeden Kopf in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlachtereien an folgenden Tagen abgegeben werden: Samstag, 9. A bis F, Sonntag, 10. G bis K, Dienstag, 12. L bis R und Donnerstag, 14. d.M. S bis Z.

**Polnische Gänse.** Ab morgen (Samstag) werden an nachfolgenden Stellen polnische Gänse zum Preise von K 29.50 per kg verkauft: Dechant, 3. Grossmarkthalle; Brunner, 4. Naschmarkt; Hannecker, 7. Burggasse; Wlassaty, 8. Stadiongasse; Starnbacher, 9. Nussdorferstrasse; Hellis, 10. Eugenplatz; Greil, 12. Markt in Meidling; Herold, 16. Brunnengasse; Schmalzbauer, 18. Gentzgasse und Grimm, 21. Markt an Spitz.

**Wohnungen für rückkehrende Deutschösterreicher.** Das Wohnungsamt der Stadt Wien richtet an die Wiener Bevölkerung das dringende Ersuchen, ihm in der Beschaffung von Wohnungen freiwillig Mithilfe zu leisten. Die Ereignisse in den Nachbarstaaten haben zahlreiche Deutschösterreicher gezwungen, ihren bisherigen Aufenthalt zu verlassen und viele von den Betroffenen müssen teils vorübergehend, teils dauernd nach Wien übersiedeln. In vielen Fällen hatten sie bisher ihren ständigen Wohnsitz in Wien oder sind sogar heimatsberechtigter hier, mussten aber während des Krieges die Wohnung aufgeben. Es wäre ein unerträglicher Gedanke, wenn Menschen, welche durch Jahre das Vaterland mit ihrem Blute verteidigt haben, nun in ihrer Vater- und Heimatsstadt samt Frau und Kindern ohne Unterkunft dastehen sollten.

Besonders schwer betroffen werden in dieser Beziehung die Offiziere und Beamten, vielfach auch Gewerbetreibende usw.

Das Wohnungsamt der Stadt Wien stellt die dringende und wärmste Bitte, es möge jeder Hausherr, wo eine Veränderung in Wohnungen sich ergibt, aber auch jede Familie, die halbwegs ein oder mehrere Zimmer oder Kabinette entbehren kann, seien sie möbliert oder unmöbliert, dem Wohnungsamt Mitteilung machen und diese Räume miethweise entgeltlich nur <sup>von</sup> den Wohnungsamt zuzusendenden Parteien überlassen. Alle diese Mitteilungen wollen baldigst, mündlich oder schriftlich an das

Wohnungsamt der Stadt Wien (Wohnungsnachweis)  
8. Bezirk Schmidgasse 18 gerichtet und mit dem Vermerk „Für rückkehrende Deutschösterreicher“ versehen werden. Das Wohnungsamt wird bei der Zuweisung der Bewerber jedem geküssterten Wunsche des Vermieters entsprechen. Es hofft umso sicherer keine Fehlbitte zu tun, als doch fast jede Familie selbst Angehörige

in Felde hatte und viele Inhaber grosser Wohnungen auf einige Räume verzichten können. Besonders wertvoll wären solche Unterkünfte, welche dauernd zugesichert werden können.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 8. November 1918. N<sup>o</sup> 401.

**Arbeitsvermittlung für Frauen.** Die Gemeindeverwaltung hat eine Arbeitsvermittlung für Frauen im 15. Bezirk Rosinagasse 4 eingerichtet. Anlässlich des Rückströmens der Frauen aus der Kriegsindustrie suchten viele arbeitslose Frauen und Mädchen die Dienstvermittlungsstellen, die in allen Bezirken sich befinden, auf, um dort Arbeitsgelegenheiten zu erfragen und erklären, wenn sie an das Amt im 15. Bezirk gewiesen werden, dass ihnen der Weg zu weit sei. Es liegt im Interesse des Arbeiterfürsorgeamtes, dass diese Anmeldungen der weiblichen Arbeitssuchenden dem Amte nicht verloren gehen. Der Stadtrat hat deshalb nach einem Antrage des StR. Spalowsky das Arbeiterfürsorgeamt angewiesen, einzelne Dienstvermittlungsstellen, die über geeignete Räumlichkeiten verfügen für die Zeit der Demobilisierung gleichzeitig zur Arbeitsvermittlung für Frauen zu verwenden.

**Bürgermeister Dr. Weiskirchner über Tagesfragen.** Im grossen Saale zum Grünen Tor sprachen gestern abends Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Staatssekretär Dr. Mataja vor einer ausserordentlich gut besuchten Versammlung von Josefstädter Bürgern, die über Einladung des deutschen Bezirkswahlvereines Josefstadt und des Josefstädter Volkswahlvereines Dr. Karl Lueger gekommen waren. Beide Redner appellierten an die Bevölkerung von Wien, Vertrauen zu der Leitung des neuen Staates Deutsch-Österreich zu haben und mitzuhelfen, die Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führte aus: Innerhalb weniger Wochen haben sich Ereignisse vollzogen, welche sonst den Raum von Jahrhunderten ausfüllen. Ein altes Reich ist in Trümmer gefallen, eine Armee von heldenmütigen Streitern, die Bewundernswertes in mehr als vier Jahren geleistet, hat sich aufgelöst und ist auf einem schwierigen Rückzug. Einen solchen Zusammenbruch kennt die Geschichte überhaupt nicht. Wir alle, die in Oesterreichs Geist und Sinn aufgewachsen sind, glaubten an dieses alte Reich, obwohl wir seine Schwächen kannten. Wir waren betrübt über den Nationalitätenkampf, den das österreichische Parlament durch Jahrzehnte zu ertragen hatte und der die wichtigsten volkswirtschaftlichen Arbeiten verzögerte und verhinderte. Trotz alledem glaubten wir an die Zukunft des alten Staatswesens, wir glaubten, dass es möglich sein wird, durch grosse Reformen den Staat neu zu bilden, wir glaubten, es werde und müsse ein Weg gefunden werden können, um die einzelnen

Nationalitäten in einem Staatswesen weiter verbunden zu erhalten. Ich und mit mir viele, wir waren Träumer, wir haben uns getäuscht. In dem Augenblicke, in welchen den Völkern das Selbstbestimmungsrecht eingeräumt wurde,

fehlte der Rahmen, innerhalb dessen auch dieses Recht äussern sollte; es war verabsäumt worden, vorher eine Gemeinsamkeit festzusetzen, die den Völkern doch noch eine Verbindung miteinander ermöglicht hätte.

Während die Tschechoslowaken durch Jahrzehnte sich zielbewusst auf ihren neuen Staat vorbereitet hatten, auch die Polen und Südslaven schon durch viele Jahre die Grundlagen für ein eigenes Staatswesen geschaffen hatten, standen wir Deutschösterreicher plötzlich vor Aufgaben, an die wir nie gedacht hatten. Wir mussten uns jedoch mit der Tatsache abfinden, dass wir durch ein Lebensalter hindurch für ein Ideal gearbeitet und gestritten hatten, das nun in Trümmer zerfallen ist. Für dieses Ideal mussten Hunderttausende von braven Männern ihr Leben auf den Schlachtfeldern lassen wurden Milliarden an Werten zerstört. Wir Deutschösterreicher haben keine Schuld daran, dass das altehrwürdige Reich zerfallen ist, wir haben an ihm bis zum letzten Augenblick festgehalten und nunmehr ist es unsere Pflicht, aus dem Schiffbruch zu retten, was gerettet werden kann.

Es ist ein Gebot eiserner Notwendigkeit, dass alle Deutschen ohne Unterschied der Parteirichtung fest und treu zusammenhalten und die Deutsche Nationalversammlung als höchste Autorität anerkennen. Wir müssen sie stützen, damit sie ihren hohen Aufgaben gerecht werden kann. Die alte Regierung bleibt vorläufig als Liquidations-Ministerium bestehen, ich möchte sie lieber als Konkursmasseverwalterin bezeichnen. Die Hauptaufgabe der neuen Regierung ist es, dass die Bevölkerung möglichst bald aus dem Zustand der Unsicherheit in geordnete Verhältnisse kommt. Grosse und schwere Aufgaben harren unser. Immer neue Probleme von schwerwiegender Bedeutung sind zu lösen, wir müssen Geduld haben und einsehen, dass nicht alles auf einmal geleistet werden kann; wir müssen zu der neuen Regierung vollstes Vertrauen besitzen. Die Hauptaufgaben der neuen Regierung sind die Regelung der staatsrechtlichen Verhältnissen, Schaffung einer neuen Verfassung, die Vorbereitung des Wirtschaftslebens, die Heilung der Schäden des Krieges, die Wiederaufrichtung des Erwerbslebens.

Am Dienstag hat sich die neue Landesversammlung konstituiert, der nur freigewählte Vertreter des Volkes angehören. In der neuen Landesregierung wird die autonome Verwaltung des Landes mit der staatlichen Verwaltung verbunden sein. Landeshauptmann Steiner wird in sich beide Gewalten des Landmarschalls und des Statthalters vereinigen. Auch die Landesregierung wird grosse Aufgaben zu lösen haben und Probleme, die durch die staatliche Bürokratie der alten Zeit durch Jahrzehnte verschleppt wurden, sie sollen raschestens einer gedeihlichen Lösung zugeführt werden. So soll zum Beispiel schon in der nächsten Woche die Spitalfrage in einer die Bevölkerung zufriedenstellenden Weise erledigt werden. (Lebhafter Beifall)

Die neue Zeit erfordert auch die Umgestaltung des Gemeinderates. Wir müssen die Tore öffnen und dem demokratischen Zuge der Zeit den Eingang verschaffen und ich glaube, dass wir die Angelegenheit entsprechend ordnen werden.

Von der Stadtgemeinde Wien wird ein 250 Millionen Kronen Anlehen aufgenommen. Für die grossen Aufgaben, die uns unmittelbar bevorstehen, brauchen wir auch grosse Geldmittel. Unsere erste Pflicht ist es, den heimkehrenden Kriegern Arbeit und Verdienst zu sichern. Wir müssen ferner dafür sorgen, dass den Arbeitern der Kriegsindustrie, deren Tätigkeit baldigst aufhören wird, Arbeitmöglichkeit geboten wird. Es wird sehr schwer sein, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, da viele Berufe mit einer geregelten Tätigkeit nicht einsetzen können, weil die Rohmaterialien fehlen. Unsere schon während des Krieges betätigte Fürsorge für die Invaliden werden wir in erhöhtem Masse fortsetzen. Durch den langen Krieg ist aber auch die Gemeindeverwaltung auf vielen Gebieten rückständig geworden. Die Strassenpflege wird viele Millionen erfordern, vor allem aber müssen wir an die eheste Aufnahme einer regen Bautätigkeit schreiten, nicht bloss zur Behebung des Wohnungsmangels, sondern auch aus dem Grunde, weil durch das Baugewerbe auch alle anderen Gewerbe befruchtet werden. Durch den vom Gemeinderate bewilligten Kredit von 15 Millionen Kronen ist es möglich gewesen, Ziegel, Zement und viele andere Baumaterialien anzukaufen, so dass wir ehestens mit dem Bau von Kriegswohnungen beginnen können. (Lebhafter Beifall)

Trotz des gewaltig gesteigerten Notenumlaufes hat sich in der letzten Zeit ein Mangel an Banknoten gezeigt, so dass die Gemeinde Wien an die Ausgabe von städtischen Geld schreiten musste. Die städtischen Kassenscheine kommen dieser Tage in den Verkehr und werden nach drei Monaten wieder eingelöst werden. Es ist eine merkwürdige Erscheinung, dass die Leute in den letzten Wochen die Banken und Sparkassen für die Aufbewahrung ihres Geldes nicht mehr sicher genug halten,

es gehoben und nunmehr in Strümpfen oder eisernen Kassen aufbewahren. Wenn das Geld entwertet ist, so ist es ganz gleichgültig, ob es zu Hause liegt oder in öffentlichen Anstalten. Sicherer ist es jedenfalls in den Tresors der Banken und Sparkassen und trägt ja dort auch Zinsen. Wenn Sie über freies Geld verfügen, so kaufen Sie dafür städtische Kronenanleihe des neuen 250 Millionen Kronen Anlehens. Die Stadt Wien, welche tausend Jahre besteht, wird noch ferner tausend Jahre bestehen, sie wird nicht verkümmern und herabsinken, wenn die Bürgerschaft einig ist, ihre ganzen Kräfte für das Blühen und Gedeihen unseres Gemeinwesens einzusetzen. (Lebhafter Beifall)

Ein Erfolg des neu aufgelegten Anlehens wird in das ganze Wirtschaftsleben Beruhigung bringen.

An dem geschichtlich dankwürdigen Tag, an dem die neue Landesversammlung sich konstituierte, habe ich es für meine Pflicht erachtet, die Genehmigung des neuen Anlehens zu erwirken, um auf diese Weise die wirtschaftlichen Erfordernisse der Uebergangs- und Friedenszeit decken zu können.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 8. November 1918. Nr. 402.

Bürgerklub. In der heutigen Sitzung des Bürgerklub beglückwünschte Bürgermeister Dr. Weiskirchner den Abgeordneten Dr. Mataja in seiner Eigenschaft als Staatssekretär des Innern und Stadtrat von Steiner als neugewählten Landeshauptmann unter stürmischen Beifall der Anwesenden und bat die beiden, in ihrer neuen Stellung der Interessen der Stadt Wien stets eingedenk sein zu wollen. Von Steiner dankte und verabschiedete sich von seinen Kollegen in herzlicher Weise. An seiner Stelle wurde Regierungsrat Stadtrat Schmid zum Obmann und die Gemeinderäte Leitner und Kunschak zu Obmann-Stellvertretern gewählt.

Der Bürgermeister berichtete sodann über das Anlehngeschäft der Gemeinde Wien und über seinen Vorschlag wurde das Anbot des Bankenkonsortiums einstimmig genehmigt.

Der Bürgermeister berichtete weiters über die Verhältnisse im Gaswerke; er legte dar, wie schön seit 14 Tagen die Gemeindeverwaltung alles aufgeboten habe, um Arbeitskräfte als Ersatz zu bekommen und wie auch Gemeinderat Reumann unentwegt tätig war, dem Gaswerke zu helfen. Er wies darauf hin, daß die italienischen Kriegsgefangenen das gegebene Versprechen, bis Sonntag zu arbeiten, Mittwoch abends kündigten und die Arbeit einstellten. Er erinnert an die Schritte, die er unternommen hat und hebt das dankenswerte Bemühen der telephonisch aus dem Kriegsgefangenenlager von Sigmundsherberg berufenen italienischen Offiziere hervor, welche auf ihre Kommandanten nachdrücklichst einwirkten, um sie zur Weiterleistung der Arbeit bis zu jenem Zeitpunkte zu veranlassen, inwiefern es möglich sein wird,

Ersatzkräfte zu bekommen. Es sei jedoch nicht zu verkennen daß auch in Friedenszeit, diese Arbeit von Slowaken, Kroaten und Italienern verrichtet wurde, daß ein Wiener Arbeiter nicht zu bewegen ist, diese Handlangerdienste zu leisten, daß die Verhältnisse in der Kriegsindustrie noch nicht so abgeflaut sind, um von Tausenden und Abertausenden Arbeitslosen sprechen zu können, daß die Heimkehrer entweder zur Volkswehr gehen oder sich doch einige Zeit von den unendlichen Leiden des Krieges erholen wollen und daß die Bemühungen der christlich-sozialen und der sozialdemokratischen Gewerkschaften, den Arbeitermangel zu beheben, bis jetzt nur sehr geringe Erfolge gezeitigt haben. Da bei der Drosselung allgemein der Druck herabgesetzt werden muss, ist es auch nicht möglich, für irgend ein Unternehmen oder irgend einen Haushalt eine Ausnahme zu machen. Der Bürgerklub würdigte die Ausführungen des Bürgermeisters und nahm dessen Bericht einstimmig zur Kenntnis.

Vize-Bürgermeister Hoß berichtete sodann über die Forderungen verschiedener Kategorien der Angestellten und unterbreitete Anträge, die am Montag dem Stadtrate vorgelegt werden, damit am Dienstag nachmittag über dieselben im Gemeinderate Beschluss gefasst werden kann.

Zur teilweisen Gassperre.

Von Gaswerksdirektor Menzel.

Gegen die Gemeindeverwaltung wird von mancher Seite der Vorwurf erhoben, daß die jetzt notwendig gewordene Drosselung der Gasabgabe durch rechtzeitige Vorkehrungen hätte vermieden werden können. Dieser Vorwurf ist nicht gerechtfertigt. Schon vor Monaten wurde mit den zuständigen militärischen Stellen wegen des allmählichen Ersatzes der nach Kriegsende frei werdenden rund 750 in den Gaswerken beschäftigten italienischen Kriegsgefangenen verhandelt. Es wurde militärischerseits die Zusicherung gegeben, daß bei Kriegsende selbstverständlich nur ein allmähliches Abziehen der Kriegsgefangenen nach Massgabe der freiwerdenden Arbeitskräfte stattfinden wird; dabei war die Militärverwaltung der Ansicht, daß solche Arbeitskräfte in außerordentlich großer Zahl vorhanden sein werden. Die Gemeindeverwaltung hat trotz dieser Zusicherung schon vor 4 Wochen mit dem k.u.k. Militärgouvernement in Lublin, von dem schon früher Arbeiter bezogen wurden, wegen Beistellung von 700 russisch-polnischen Arbeitern verhandelt. Die Beistellung dieser Arbeiter wurde auch zugesagt und alle Vorbereitungen für ihre Unterbringung in den Werken getroffen. Die überstürzenden, gewiß von niemand vorausgesehenen Ereignisse der letzten Tage hatten zur Folge, daß aus Russisch-Polen keine Arbeiter kamen und daß <sup>nach</sup> ~~der~~ Abschluß des Waffen-

stillstandes, die in den Werken beschäftigten italienischen Kriegsgefangenen auf ihre freie Entlassung drängten. Durch Verhandlungen mit den Kriegsgefangenen und Gewährung weitestgehender Zugeständnisse gelang es, sie zu bestimmen, daß sie bis Sonntag, den 10. ds. sich zur Weiterarbeit bereit erklärten. Gleichzeitig setzte sich die Gemeindeverwaltung mit den neugeschaffenen Staatsämtern wegen Beschaffung von Zivilarbeitern in Verbindung. Es muss anerkannt werden, daß die staatlichen Stellen bemüht waren, die Beschaffung von Arbeitskräften zu fördern, ein Erfolg war aber allen diesen Bemühungen nicht beschieden. Es wurde versucht, aus den rückkehrenden Mannschaften Arbeitskräfte unter günstigen Bedingungen anzuwerben und Agenten hierzu zu beauftragen. Auch diese Schritte blieben bisher erfolglos. Auf die in ganz Wien angeschlagenen Aufrufe zur Arbeitsmeldung für die städtischen Gaswerke haben bisher ausreichenden Erfolg nicht gehabt. Unerwarteter Weise verweigerten nun am Mittwoch abends die Kriegsgefangenen in den Werken entgegen ihrer gegebenen Zusage die Weiterarbeit und bestanden auf ihren sofortigen Abtransport. Ueber persönliche Intervention des Bürgermeisters beim Präsidium der Staatsregierung und durch die Bemühungen des Obmannes des Soldatenrates gelang es zwar italienische Offiziere zur Einflussnahme auf die Kriegsgefangenen zu gewinnen und sie zur teilweisen Aufnahme der Arbeit für Samstag zu bewegen, der durch die Arbeitseinstellung herbeigeführte Ausfall an Arbeitskräften hatte aber naturgemäß eine verminderte Gaserzeugung zur Folge. Dem musste durch eine Drosselung der Gasabgabe Rechnung getragen werden und ein gänzliches Versagen der Gasabgabe und damit auch der Beleuchtung der öffentlichen Strassen Wiens zu verhüten. Von Versäumnissen oder einem Mangel an Voraussicht kann daher gewiß nicht gesprochen werden.

Was die Ernährungsfrage anbelangt, habe ich einen grossen Teil meiner Tätigkeit während des Krieges dazu verwendet und mich bemüht, an Lebensmittel herbeizuschaffen was möglich ist. Unsere Aufgabe wurde wesentlich dadurch dadurch erschwert, dass die frühere österreichische Regierung eine Organisation des Ernährungsdienstes schuf, die absolut nicht ordentlich funktionierte. Schon unter dem Regime des Grafen Stürkh habe ich diesbezügliche Klagen vorgebracht, ich fand jedoch kein Gehör und damals wurde auch jedes freie Wort konfisziert. Diese Zensur hat mitgewirkt, um das alte Reich zu zerstören. (Lebhafte Zustimmung) Damals habe ich bereits auf die Zentralenwirtschaft aufmerksam gemacht, auf die Schäden die durch die Ausschaltung des legitimen Handels entstehen. Wieviele Ernährungs Krisen haben wir durchgemacht, ohne dass die Bevölkerung Wiens etwas davon wusste, wiederholt kam es vor, dass wir für die 2 Millionenstadt bloss einen Mehlvorrat für 3 Tage hatten. Jedesmal gelang es jedoch noch die Krisen zu überwinden und auch heute dürfen wir und der sicheren Hoffnung hingeben, die schlimmsten Gefährdungen zu überstehen. Die Approvisionierungsfrage der Stadt Wien ist heute mehr denn je eine Verkehrsfrage. Wir haben bedeutende Mengen von Kartoffeln durch Verträge in Galizien, Polen und Böhmen abgeschlossen, bald wird uns die Ausfuhr, bald die Durchfuhr verboten. Durch unmittelbare Verhandlungen mit den Vertretern der neuen Staaten wird es jedoch, so hoffe ich, möglich sein, die Schwierigkeiten zu beseitigen aber die beste Zeit geht verloren, es naht der Frost, der jeden Transport von Kartoffeln unmöglich macht. Der Bedarf an Mehl ist für die nächsten Wochen gedeckt. Wir haben bereits Verbindungen mit dem argentinischen Gesandten angeknüpft, damit aus seinem Reiche Getreidesendungen zu uns gelangen. Wenn unser Ansuchen günstig erledigt und die Angelegenheit auch raschestens betrieben wird, so werden doch Wochen vergehen, bevor wir in den Besitz der Ware gelangen. Ich rechne aber mit Sicherheit darauf, dass wir bis dahin durch Niederösterreich erhalten werden und ich kann mit Freude mitteilen, dass unsere Bauern erklärt haben, dass sie der neuen Leitung des Staates Deutschösterreichs Getreide liefern werden.

Ich glaube, dass es möglich sein wird, die Ruhe und Ordnung in unserer Stadt auch weiterhin aufrecht zu erhalten. Wir rechnen auf den gesunden Sinn der Wiener Bevölkerung, wir rechnen darauf, dass in Wien der Bolschewismus keine Nahrung findet. Jeder Wiener Bürger hat die Pflicht, das Seine beizutragen, dass der neuen Regierung vollstes Vertrauen entgegen gebracht wird und sie in jeder Hinsicht Unterstützung findet. Jeder muss in seinem Wirkungskreise arbeiten, um die Wirtschaft zu beleben, Arbeit und Verdienst zu schaffen. Wenn es uns gelingt, diese furchtbar schwere und ernste Zeit zu überstehen, dann haben die Wiener Bürger sich ein Denkmal gesetzt,

das stolz in die kommenden Jahrhunderte ragen wird.

Wir haben wieder die alte <sup>rot</sup>weiss-rote Flagge der Babenberger aufgerichtet, sie soll zeigen, dass die Deutschen besiegt werden können, dass sie aber nicht untergehen. Deutsche Kraft und deutsches Wissen werden das Volk wieder aufrichten und unsere Pflicht ist es, unser bestes Wissen und alle unsere Kräfte in den Dienst der heiligen Sache zu stellen.

Heil Deutsch-Oesterreich jetzt und alle Zeit!  
( Stürmischer langanhaltender Beifall ).

-----  
Mandatszurücklegung. Kaiserlicher Rat Vinzenz Wessely hat in einem an dem Bürgermeister gerichteten Schreiben sein Mandat als Stadtrat zurückgelegt, verbleibt jedoch weiter Mitglied des Gemeinderates.  
-----

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 9. November 1918. Nr. 403.

Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 10. bis 16. d.M. gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 14 des rosa und weissen Fleischaufkaufscheines. Der Preis des städtischen Unterzündholzes gespalten beträgt 36 h für 1 kg weiches und 29 h für 1 kg hartes Holz.

Einstellung des Zimmerbrandes. Im Hinblick auf den Kohlenmangel kann auch in der kommenden Woche kein Zimmerbrand ausgegeben werden. Da der Kohleneinlauf nach Wien seit längerer Zeit gänzlich eingestellt und es noch unbekannt ist, wann die Sperre behoben sein wird, sieht sich der Magistrat genötigt, für die 54. Woche das ist vom 10. bis 16. d.M. den Küchenbrand mit 20 kg Steinkohle bzw. 25 kg Braunkohle festzusetzen, um die vorhandenen Sperrkohlenvorräte nicht vorzeitig zu erschöpfen. Auf den städtischen Lagerplätzen kann wie in der Vorwoche auf Grund von Bezugsscheinen bzw. Bezugskarten für Gewerbe keine Heizkohle ausgefolgt werden.

Zur Frage der Milchlieferungen. Nach einer Mitteilung der Erzherzog Friedrich'schen Güterdirektion in Ungarisch Altenburg (Magyaróvár) wurde die vom ungarischen Handelsministerium für den Wiener Konsum bereits freigegebene Milchlieferung der genannten Güterdirektion im Ausmasse von rund 4200 Liter täglich vom Stuhlrichteramt über Auftrag der Oberbehörde neuerlich beschlagnahmt und die Ablieferung dieser Milch nach Budapest verfügt. Der Bürgermeister hat sich aus diesem Anlasse unverzüglich telegraphisch an den ungarischen Minister für Volksernährung und den ungarischen Handelsminister gewendet, um die sofortige Freigabe dieser Milchsendung für Wien zu erwirken.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 9. November 1918. Nr. 404.

Notstandsarbeiten für Heimkehrer. Herrenhausmitglied Professor Dr. Hochenegg hat an den Oesterreichischen Ingenieur und Architektenverein zu Händen des Präsidenten Oberbaurates Baumann nachstehende Zuschrift gerichtet: In Bezug auf Ihre in den Abendsblättern vom 6. d.M. veröffentlichten, dem Deutschösterreichischen Staatsrate zur Erwägung übermittelten Aktion, welche nebst anderen die schleunigste Einleitung von Notstandsbauten anregt, welche dem von den Kampffronten zurückströmenden, beschäftigungslosen Heimkehrern zunächst beim Erdbau Arbeitsgelgenheit bieten soll, erlaube ich mir Sie darauf aufmerksam zu machen, dass (wie ich das auch schon in meiner Herrenhausrede vom 21. Juli 1917 und in diversen anderen beratenden Sitzungen ausführte) der Neubau der Kliniken auf dem Arsenal der Irrenhausrealität ein reiches Arbeitsfeld bietet, dessen in Angriffnahme nicht nur die arbeitssuchende Bevölkerung, sondern auch die öffentliche Meinung beruhigen und befriedigen würde. Die hier zu leistenden Erdbauarbeiten könnten das jetzt noch

hügelige Terrain für die spätere Inangriffnahme der Bauten der Kliniken und Institute vorbereiten und sofort in Angriff genommen werden.

Auch für das auf der Randgrenze dieses Arsenalles zu erbauende Krebsinstitut, für welches die Baupläne bereits fertig gestellt sind, sind ausgedehnte Nivellerungsarbeiten nötig. Als Vizepräsident der Oesterreichischen Carcinomgesellschaft beabsichtige ich die Inangriffnahme dieser Vorarbeiten im Interesse der von ihrem Verein empfohlenen schleunigsten Einleitung von Notstandsbauten bei unserer Vereinsleitung anzuregen und in die Wege zu leiten.

Bezug von Extremrindfleisch. Die amtliche Uebernahme-stelle für Vieh und Fleisch hat bei der Kontrolle der Rayonierungen der Privathaushaltungen festgestellt, dass zahlreiche Familien aus wohlhabenden Kreisen gegenwärtig Einheitsrindfleisch beziehen und dadurch dem Mittelstande die zur Verfügung stehenden geringen Mengen an Einheitsrindfleisch entzogen werden. Anlässlich der Neuausgabe der amtlichen Einkaufsscheine für Rindfleisch wird daher an die wohlhabenden Kreise neuerlich der dringende Apell gerichtet, sich freiwillig zum Bezuge von Extremrindfleisch zu entschliessen, damit das zur Verfügung stehende aus öffentlichen Mitteln subventionierte Einheitsfleisch auch tatsächlich für jene Schichten der Bevölkerung zugute kommt, für welche es eigentlich bestimmt ist. Sollte der neuerlich Appell den gewünschten Erfolg nicht bringen, so wird die Umrayonierung aller jener Haushalte, welche auf Grund ihrer Erwerbs- und Vermögensverhältnisse das Extremfleisch beziehen können, von amtswegen erfolgen und in diesem Falle wird eine Namensliste der hievon betroffenen Haushalte in den Tagesblättern verlautbart werden.

Die Uebernahme-stelle erwartet im Interesse der konsumierenden Bevölkerung, dass dieser dringende Aufruf von den wohlhabenden Kreisen entsprechende Würdigung findet. Die Vornahme der Umrayonierung vom Bezuge des Einheitsrindfleisches wird bei der amtlichen Uebernahme-stelle, Wien, 3. Bezirk St. Marx jederzeit durchgeführt.

Städtische Strassenbahnen. Mit Montag, 11. d.M. werden die seit 19. August d.J. eingestellten Streckenteile der Linien L, 32, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 41 a, 43, 52, 66, 72 und 158 wieder in Betrieb genommen.

Mit dem gleichen Tage wird die Linie C wieder eingeführt und die Linie Vc über die Taborstrasse als Linie V geführt. Durch die Wiederinbetriebsetzung der Linie 40 wird die auf der Linie 41 für die Dauer des gekürzten Betriebes der Linie 40 errichtete Haltestelle Hockegasse wieder aufgelassen.

Aus dem Rathause. Am Montag entfällt der übliche Empfang des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner. - Der Gemeinderat tritt in der nächsten Woche am Dienstag, 12. d.M. 4 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen 18 Geschäftstücke, darunter die Aufnahme eines Anlehens von 250 Millionen Kronen, Neuregelung der Kriegszulagen, Bestimmungen über erhöhte Anrechnung der Kriegsjahre für die Bezüge der städtischen Angestellten und Lehrpersonen, allgemeine und Besondere Zuwendungen an die Bediensteten und Unterbeamten der städtischen Strassenbahnen, Subventionen, Bauangelegenheiten u.s.w. - Der Stadtrat hält Montag und Donnerstag 10 Uhr vormittags Sitzungen ab. Die Obmännerkonferenz tritt Montag nachmittag zu einer Sitzung zusammen.

Der Statthalter an den Bürgermeister. Der Statthalter in Oesterreich unter der Enns hat am 7. d.M. an den Bürgermeister nachstehendes Schreiben gerichtet: Im Zusammenhang mit den vor sich gehenden politischen Umwälzungen trete ich mit dem heutigen Tage einen Urlaub an. In dem Augenblicke des Scheidens aus meinem Amte empfinde ich es als meine Pflicht, Ihrer Exzellenz meinen wärmstens Dank für die mir in jedem Belange gewährte Unterstützung auszusprechen und zu bitten, diesen meinen Dank auch allen Funktionären des

Wiener Magistrates, die mit Anopferung und vorbildlicher Pflichttreue der Erfüllung ihrer schweren Aufgaben nachgestrebt haben, zu vermitteln. Der Stadt Wien, dieser altherwürdigen, unvergleichlichen Stätte edelster Kultur gilt mein innigster Wunsch, es möge die kommende neue Zeit sie aus schwersten Kämpfen und Leiden in eine leuchtende Zukunft führen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Jimmy Michew.*  
Wien. I. Neues Rathaus.

3. Ausgabe.  
Wien, Samstag 9. November 1918 abends N<sup>o</sup> 405.

## Die Verhandlungen Wiens mit dem tschechischen Staate.

Die zur Verhandlung über die Beschaffung von Lebensmitteln aus dem tschecho-slovakischen Staatsgebiete von der Gemeinde Wien entsendeten Vertreter StR. Dr. Hein, GR. Leitner und Skaret, Obermagistratsrat Dr. Ehrenberg und Dr. Goldhann, welche mehrere Tage in Prag weilten, sind Freitag abends zurückgekehrt. Sie haben beim Narodny Vybor und den sonst in Betracht kommenden Lebensmittel-Zentralstellen vorgesprochen und wiederholt eingehende Besprechungen mit dem Präsidenten des Narodny Vybor Dr. Soukup, mit dem Präsidenten der "andes-Getreide-Verkehrsanstalt Dr. Viskovsky, dem Präsidenten der beiden Vieh-Verkehrs-Gesellschaften Chalupka und Schimanasowie dem Generaldirektor der tschechisch-slovakischen Bahnen Dr. Basta gepflogen. Eine Entscheidung über die Belieferung Wiens mit Kartoffeln wurde dem Zeitpunkte vorbehalten, in welchem eine Uebersicht über die vorhandenen Bestände und den Bedarf des tschecho-slovakischen Staates gegeben sein wird. Es werden darüber noch später Verhandlungen stattfinden. Hingegen wurde hinsichtlich der Ausfuhr anderer Lebensmittel wie Wrucken, Sauerkraut, Dörrgemüse Zusicherungen gemacht, ebenso wurde die Lieferung kleinerer Mengen von Rindfleisch, Fischen und Geflügel allenfalls auch von Graupen und Haferprodukten in Aussicht gestellt. Schließlich wurde die Erklärung abgegeben, daß der Durchfuhr von nach Wien bestimmten Lebensmitteln durch tschecho-slovakisches Gebiet kein weiteres Hindernis mehr in den Weg gelegt wird. Bei ihren Verhandlungen wurden die Vertreter der Gemeinde Wien von dem Abgesandten der deutsch-österreichischen Regierung Ernährungsdirektor Eldersch, welcher Donnerstag nach Prag kam, in wirksamer Weise unterstützt.

Kartoffelabgabe. Die Kartoffelquote wird für die kommende Woche wieder mit 1 kg pro Kopf festgesetzt. Die Kartoffeln werden in sämtlichen Bezirken von Dienstag bis Freitag in der üblichen Art gegen Abtrennung des Abschnittes G der Kartoffelkarte abgegeben.

Getreidelieferungen aus Argentinien. In den Abendstunden erschien der Gesandte der argentinischen Republik Perez, welcher sich bekanntlich in hochherziger Weise dem Bürgermeister bei der Beschaffung von Getreide aus seinem Lande zur Verfügung gestellt hatte, im Rathause und teilte ihm mit, daß er auf telegraphischem Wege die Note des Bürgermeisters vom 31. Oktober über die Ernährungslage der Stadt Wien seiner Regierung übermittelt habe. Diese habe mit größtem Interesse den Inhalt der Note geprüft und ihm beauftragt, dem Bürgermeister folgendes mitzuteilen:

Die Stadt Wien ist berechtigt, für die Verpflegung ihrer Bevölkerung jedes notwendige Quantum an Brotgetreide und Mais in Argentinien aufzukaufen und diese Waren nach in argentinischer Währung erfolgter Bezahlung zu beziehen. Die argentinische Gesandtschaft ist berechtigt, die Depeschen des Bürgermeisters über den Abschluß der diesbezüglichen Verträge zu übermitteln. Der Gesandte erklärte, daß er außerordentlich glücklich sei, diese so überaus günstige Antwort der argentinischen Regierung dem Bürgermeister überbringen zu können, die geeignet sei, von der so schwer geprüften Stadt das drohende Hungergespensst zu bannen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner nahm diese Mitteilung mit größter Freude zur Kenntnis und nahm die Gelegenheit wahr, dem argentinischen Gesandten den verbindlichsten Dank für seine rasche und erfolgreiche Tätigkeit im Interesse der Lebensmittelversorgung Wiens auszusprechen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur *Jenny Michler*.

Wien. I., Neues Rathaus.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 11. November 1918. Nr 406.

Die Kriegsgemüsegarten - Aktion. In der heutigen Sitzung des Stadtrates legte VB. Hiezhammer einen ausführlichen Bericht über die Kriegsgemüsegartenaktion der Gemeinde Wien vor. Er schilderte die Ausdehnung der Aktion, wodurch heute bereits ein ansehnlicher Teil der Wiener Bevölkerung sich einen grossen Teil der notwendigen Lebensmittel beschafft. Die Erntemengen, welche von den Kriegsgemüse- gärten im heurigen Jahre gewonnen wurden, betragen nach vorsichtiger Schätzung und Prüfung der Ernteergebnisse mindestens 450 Waggons Gemüse und Kartoffel, was einem Marktwerte von 4 Millionen Kronen entspricht. Durch Einschreiten des Generalmajor von Landwehr gelang es, die Wasserwiede im 2. Bezirk, die Simmeringer Heide im 11. Bezirk und einen Teil des Schmelzer Exerzierfeldes freizubekommen. Namentlich auf dem letzteren wurde eine Kulturarbeit ersten Ranges geleistet, da sich die Bear- beitung und Urbarmachung der Fläche überaus schwierig gestaltete. Durch die Aktion ist es auch gelungen, in der Bevölkerung die Liebe zu Grund und Boden neuerdings zu wecken. Ausser den Kriegsgemüsegärten gibt es derzeit mehr als 6000 Schrebergärten und auf letzteren einschliess- lich der Privat Kriegsgemüsegärten, Arbeitergärten von Grossfirmen und Gärten der Post- und Eisenbahngestellten wurden heuer mindestens 1200 Waggons Ware mit einem Werte von rund 10 Millionen Kronen. Die Aktion umfasst jetzt nahezu 10 % der Wiener Bevölkerung. Der Referent betont die Notwendigkeit, alle Vorkehrungen zu treffen, um die Aktion nach Möglichkeit noch auszubreiten und zu stärken da die Kleingärten für die kommenden Zeiten mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage Deutschösterreichs, besonders für Wien von ausserordentlicher Wichtigkeit sein wird. Nach dem Antrage des Berichterstatters wurden folgende Beschlüsse gefasst: Das städtische Landwirtschafts- amt wird beauftragt, bei den jetzt massgebenden Regierungs- stellen die Verlängerung der Wirkungskdauer der den Schutz der Kriegsgemüse- und Kleingärten betreffenden Verordnungen durchzusetzen, Massnahmen vorzusehen, welche eine Ueber- leitung der Kriegsgemüsegärten in eine Friedensklingarten- aktion gewährleisten und eine der Zahl der einselaufenen Ansuchen um Zuweisung entsprechende Ausgestaltung ermöglichen und diesbezügliche Vorschläge umgehend auszuarbeiten und vorzulegen. Die Verteilung der vom Stadtrate genehmigten 700 Prämien für besonders gut bewirtschaftete Kriegs- gemüsegärten in gleicher Weise wie im Vorjahre für Ende November festzusetzen.

Zuwendungen für die Bezirksschulinspektoren. Der Stadtrat, beschloss in seiner heutigen Sitzung nach einem Antrage de StR. Tomola, jedem der 13 Wiener Bezirksschulinspektoren an Stelle des bisherigen Wagenpauchoales einen Amtsaufwands- beitrug von jährlich 1200 Kronen und weiters eine Netzkarte der städtischen Strassenbahnen zu bewilligen.

Aufhebung der Gassperre. Die Erzeugungsfähigkeit der Gas- werke hat sich in den letzten Tagen soweit gebessert, dass die bisher verfügte Sperre während gewisser Tagesstunden von morgen ( Dienstag ) früh ab bis auf weiteres wieder auf- gelassen werden kann.

Urlaub für heimkehrende Anestellte der Gemeinde Wien. Unter der Führung des Landesausschusses GR. Kunschak sprach heute eine Deputation der Strassenbahnbediensteten bei m Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit der Bitte vor, es möge den Heimkehrern von der Gemeinde Wien ein Urlaub bewilligt werden. Der Bürgermeister erklärte der Abordnung, dass er persönlich mit diesem Wunsche vollständig einverstanden sei und dass er sofort die notwendigen Schritte unternehmen werde.

Die Ernährungsverhältnisse Wiens. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Dr. Hein über das Ergebnis der gemeinderätlichen Abordnung bezüglich der Verhandlungen in Prag. Der Stadtrat sprach der Abordnung den Dank für ihre Bemühungen aus. - Nach einem Antrage des StR. Schwer wurde dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner für seine erfolgreichen Bemühungen bei den Verhandlungen mit der argentinischen Gesandtschaft wegen Bezuges von Getreide einstimmig der Dank des Stadtrates ausgespro- chen.

Die Zuwendungen für die städtischen Angestellten. In Ergänzung der Kriegszulagenbestimmungen, welche vom Gemein- dera te im vorigen Monate genehmigt wurden, beschloss heute der Stadtrat nach einem Antrage des VB. Hoss, die Umwandlung eines Teiles der Kriegszulagen in eine dauernde Bezugserrhöhung sowohl für die aktiven Angestellten, wie auch für die Pensionisten, sowie die erhöhte Anrech- nung der Kriegsjahre für die Bezüge. Die Beschlüsse beziehen sich sowohl auf die Beamten, als auch auf die Lehrerschaft.

Zur Beachtung für heimkehrende Soldaten. Das städtische Gesundheitsamt teilt mit: Infolge des ungestümen Rückströmens unserer Truppen von den Kriegsschuplätzen ist die Durch- führung sanitärer Massnahmen der Reinigung, Desinfektion u.d. g. während der Fahrt und nach der Ankunft nicht möglich. Manche dieser Militärpersonen kommen daher ungereinigt und mit Ungeziefer behaftet zu ihren Angehörigen und bringen die- se in die Gefahr, an ansteckenden Krankheiten vor allem Flecktyphus zu erkranken. Um dies zu verhüten, ist es un- erlässlich, dass die ankommenden Militärpersonen möglichst bald nach ihrer Ankunft eine gründliche Reinigung ihres Körpers, sowie der Kleidung und Wäsche vorzunehmen. Falls dies zuhause nicht einwandfrei möglich wäre, so könnte diese Reinigung in nachstehend angeführten Reinigungsanstalten vor- genommen werden, welche zu diesem Zwecke Vormittags von 8 bis 11 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr unentgeltlich zu Verfügung stehen. Diese Reinigungsanstalten befinden sich: 2. Bezirk Engerthstrasse 150 a, 10. Bezirk Gudrunstrasse 87 und 12. Bezirk Steinbauergasse.

407

5. Ausgabe

21. Jahrgang. Wien, 11. November 1918. No 407

Verschiebung der Gemeinderatssitzung. Die für morgen (Dienstag) anberaumte Sitzung des Gemeinderates wurde auf Mittwoch, 13. d. M. vier Uhr nachmittags verschoben.

Mandatsverzicht. Stadtrat Heinrich Braun hat heute sein Mandat als Stadtrat zurückgelegt.

Obmänner - konferenz. Unter dem Vorsitze des BGM. Dr. Weiskirchner fand heute eine Konferenz der Obmänner der Gemeinderatsparteien im Rathause statt. Zu Beginn der Sitzung sprach der Bürgermeister den sozialdemokratischen Mitgliedern der Konferenz zu dem schweren Verluste, den die Partei durch das Ableben ihres großen Führers, Dr. Viktor Adler erlitten, das tiefste Beileid aus. Gemeinderat Reumann dankte dem Bürgermeister für seine teilnehmenden Worte.

Gaswerksdirektor Menzel berichtete über die Verhältnisse im Gaswerke und teilte mit, daß die als Arbeiter im Gaswerke beschäftigten italienischen Kriegsgefangenen infolge Intervention konationaler Offiziere ihre Rückkehr in die Heimat für einige Tage verschoben haben und daß es gelungen sei für die Werke in Simmering und Leopoldau Arbeiter zu bekommen, sodaß die Gaserzeugung bei Vorhandensein der nötigen Kohle derzeit gesichert erscheint.

Ober-Magistratrat Dr. Ehrenberg berichtete über das Ergebnis der Reise der Abordnung der Gemeinde Wien nach Prag. An den Bericht knüpfte sich eine Wechselrede, an der sich alle Mitglieder der Konferenz beteiligten und in deren Verlaufe es als empfehlenswert hervorgehoben wurde, eine ständige Verbindung zwischen der Gemeinde Wien und den maßgebenden Stellen in Prag in der Frage der Approvisionnement der Stadt Wien zu unterhalten.

Nach einem Berichte des Magistratsrates Dr. Harál nahm die Obmänner-Konferenz die in der heutigen Stadtratsitzung gefaßten Beschlüsse über die Ergänzung der Kriegszulagebestimmungen und erhöhte Anrechnung der Kriegsjahre für die Bezüge der städtischen Angestellten und Lehrpersonen zustimmend zur Kenntnis.

In der heutigen Obmännerkonferenz haben sich weiters alle Parteien grundsätzlich über eine weitgehende Demokratisierung des Wiener Gemeinderates für die Zeit bis zur Vorahme von definitiven Neuwahlen geeinigt. Hierbei handelte es sich nicht nur um den Gemeinderat, sondern auch um eine neue Zusammensetzung der Bezirksvertretungen. Mit Rücksicht auf die künftig bevorstehende starke Vertretung der Socialdemokraten im provisorischen Gemeinderat erzieht sich die Notwendigkeit, dieser Partei eine *repräsentative* Vertretung im Präsidium des Gemeinderates, sowie im Wiener Stadtrate und in den Ausschüssen des Gemeinderates einzuräumen. Hierbei wird auch für eine entsprechende Vertretung der Frauen der verschiedenen Parteien Sorge getragen werden.

Die Durchführung dieser Neuordnung wird noch im Laufe dieser Woche erfolgen.

408

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

409

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Johann Michler.

Wien. I. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 12. November 1918. Nr 408.

Eine Verfügung des Bürgermeisters bezüglich der Strassenbahnen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an die Direktion der städtischen Strassenbahnen folgenden Erlass gerichtet: Ueber Antrag des GR. Kunschak und nach Einvernehmen mit der Obmännerkonferenz des Gemeinderates verfüge ich: den heimkehrenden Bediensteten der städtischen Strassenbahnen wird ein 14 tägiger Urlaub mit Gebühren bewilligt. Die über Bedienstete der städtischen Strassenbahnen verhängten Disziplinarstrafen werden nachgesehen. Im Zuge befindliche Disziplinarverfahren gegen Bedienstete der städtischen Strassenbahnen sind, insoferne es sich nicht um einen Verstoss gegen das allgemeine Strafgesetz handelt, einzustellen. Hievon wird die Direktion der städtischen Strassenbahnen zur sofortigen Durchführung dieses Beschlusses in Kenntnis gesetzt.

## 2. Ausgabe,

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 12. November 1918. Nr 409.

Fleischabgabe. Ueber Auftrag des deutschösterreichischen Staatsamtes für Volksernährung wird in der Woche vom 14. bis 20. d.M. Rindfleisch nur an Spitäler, Versorgungshäuser, Kriegs- und Gemeinschaftsküchen abgegeben. <sup>An</sup> Gasthäuser, Hotels Pensionen etc., sowie Privathaushaltungen und Konsumentenorganisationen wird kein Rindfleisch abgegeben. Jene Fleischhauer, welche nach den Anlieferungen an diese Institute ( Spitäler etc. ) Fleischvorräte erübrigen sollten und sie für die nächste Woche nicht selbst konservieren können, haben sie das Fleisch morgen ( Mittwoch ) im Schlachthause St. Marx ( Schlachthalle 4 ) und in der Grossmarkthalle abzuliefern.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Johann Michew.  
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 13. November 1918. Nr 410.

Die Milchversorgung Wiens. In der Sitzung der Milchversorgungsstelle vom 12. d.M. machte der Leiter Magistrats Sekretär Dr. Nather die Mitteilung, dass die Milchanlieferungen nach Wien neuerlich bedeutend zurückgegangen seien, so dass bereits die Versorgung der Säuglinge und Kranken auf ernste Schwierigkeiten stösst. Grund hiefür sei hauptsächlich das durch die bekannten politischen Verhältnisse verursachte Ausbleiben der mährisch slavischen und ungarischen Provenienzen; aber auch die Anlieferungen aus Niederösterreich seien nicht unbeträchtlich zurückgegangen. Der Leiter gibt dann die Schritte bekannt, die seitens des Bürgermeisters zur Abhilfe dieses Mistandes unternommen wurden; so habe der Bürgermeister sich sofort nach dem Ausbleiben der obigen Milchsendungen telegraphisch an den Národní Vybor in Brünn, sowie an die ungarischen Minister für Volksernährung und Handel und Gewerbe mit der dringenden Bitte um sofortige Freigabe dieser Milchsendungen gewendet und überdies bezüglich der mährischen Milchlieferungen Verhandlungen mit dem Gesandten des tschecho slowakischen Staates Tusar gepflogen. Tatsächlich hat denn auch der ungarische Handelsminister Garami dem Bürgermeister in Erwiderung seines telegraphischen Ersuchens mitgeteilt, dass seitens des ungarischen Handelsministeriums die ungehinderte Weiterbeförderung der nach Wien bestimmten ungarischen Milchsendungen bereits verfügt wurde. Trotz dieser Zusicherung soll jedoch nach einer Mitteilung der Erzherzog Friedrich'schen Güterdirektion in Magyarovar die Milch dieser Güterdirektion für Budapest beschlagnahmt worden sei, was den Bürgermeister neuerlich veranlasste, die sofortige Freigabe dieser Milch unter Hinweis auf die sonstige Unmöglichkeit der Versorgung der Säuglinge und Kranken in Wien bei den kompetenten ungarischen Behörden telegraphisch zu erbitten. Bezüglich der mährischen Milch sei bisher soviel erreicht worden, dass die Beförderung der Milch aus den niederösterreichischen und deutschmährischen Bezirken über Mähren, sowie die Sterilmilchsendungen aus dem Auslande freigegeben wurden. Schliesslich wurden über Aufforderung des Leiters von Mitgliedern des Beirates Vorschläge, welche den Zweck verfolgen die Milchanlieferungen nach Wien wenigstens so weit zu haben, dass die Versorgung der Kinder und Kranken gesichert ist, vorgebracht

und eingehend besprochen.

Der Beirat der Milchversorgungsstelle beschloss ferner an den tschechischen Nationalrat als Vertreter des tschechischen Volkes einen Appell zu richten, er möge die Milch für die Wiener Säuglinge und Kinder im Interesse der Menschlichkeit freigeben. Ein diesbezügliches Schriftstück, welches von der Gemeinde Wien von den Konsumentenorganisationen als Vertretern der Mütter und allen Fürsorgestellen für Säuglingsschutz unterfertigt werden wird soll deputativ dem tschechischen Nationalrat überreicht werden. Weiters wird an den Landeshauptmann von Niederösterreich mit dem Ersuchen herangetreten werden, er möge mittelst eines Aufrufes an die niederösterreichischen Landwirte im Interesse der Milchanlieferung Wiens einwirken.

Einkaufscheine für Rindfleisch. Das Bezirkswirtschaftsamt Wien Stelle 1 macht darauf aufmerksam, dass ein Teil der Einkaufscheine für Rindfleisch für 1 Person, welche derzeit an zugesiedelte oder aus anderen Gründen den Haushalten zugewachsene Personen ausgegeben werden, statt auf weissem auf grauem Papier hergestellt wurden. Diese Scheine sind amtlich aufgelegte echte Einkaufscheine für Rindfleisch und müssen daher in den Rindfleischabgabestellen gleich den weissen Scheinen behandelt werden.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michlew.*  
Wien. I. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 14. November 1918. N<sup>o</sup> 413.

Wohlfahrtsaktion. In der 80. Woche wird mit Genehmigung des deutsch österreichischen Volksernährungsamtes an die Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine kein Wohlfahrtsfleisch abgegeben werden. Diese erhalten jedoch ausser der Mehlszubuse von 1/8 kg frisches Kraut zum Preise von 40 h für 1 kg in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlächtereier im Ausmasse von 1/2 kg für Einzelpersonen, 1 1/2 kg für Haushalte von 4 bis 5 Personen und 2 kg für Haushalte von 6 und mehr Personen gegen Abtrennung des Buchstaben S vom rosafarbenen Einkaufschein an folgenden Tagen: Samstag, 16. A bis F, Sonntag, 17. G bis K, Dienstag, 19. L bis R und Donnerstag, 21. d.M. S bis Z.

## 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 14. November 1918. N<sup>o</sup> 414.

Aus der vertraulichen Sitzung. Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen vertraulichen Sitzung nachstehenden Beschluss gefasst: Für die Dauer der gegenwärtigen ausserordentlichen Verhältnisse wird der Bürgermeister ermächtigt, alle dringenden Käufe und Abschlüsse, die ihm für Zwecke der Uebergangswirtschaft in der nächsten Zeit notwendig erscheinen, unter seiner Verantwortung durchzuführen und für sie in einem geeigneten Zeitpunkte, die nach dem Gemeindestatute erforderlichen kompetenzmässigen Genehmigungen zu erwirken. Alle infolge solcher Entscheidungen notwendigen Ausgaben sind vorschussweise aus den Beständen des Anlehens vom Jahre 1914 zu bestreiten und seinerzeit diesem Anlehen aus dem neu aufzunehmenden Anlehen vom Jahre 1918 rückzustellen. Nach einem Antrage des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner wurde dem StR. Vinzenz Wessely anlässlich seines Scheidens vom Amte in Würdigung seiner Verdienste, die er sich in mehr als 22 jähriger opferwilliger Tätigkeit als Stadtrat der Stadt Wien erworben hat, der Dank und die vollste Anerkennung zum Ausdruck gebracht und ihm der Ruhegehalt zuerkannt. - Nach einem Antrage des VB. Hoss wurde im Stande der Hauptkasse Rudolf Bürauer, Karl Suchy, Leopold Mottl, Josef Terzer, Rudolf Dunzendorfer und Alfred Gabriel zu Oberkontrolloren extra statum ernannt. - Im Stande des Konskriptionsamtes wurde den Oberkontrolloren Max Reinhold und Gustav Henel der Titel eines Vizedirektors, den Kontrolloren Gottfried Maschek, Adolf Haas, Anton Moser, Ludwig Schlögel und Karl Kantner der Titel Oberkontrollor verliehen, Im Stande der Kanzlei Karl Hell zum Kanzleidirektor, Dr. Karl Hönigsberger zum wirklichen Kanzlei Vizedirektor ernannt. Den Bediensteten der städtischen Strassenpflege Josef Hausknotz, Karl Wolfsbauer und Lorenz Dölzl wurden Ehrengeschenke bewilligt. -

Mandatszurücklegung. Die Mitglieder des Stadtrates Leopold Brauneiss, Andreas Hermann und Ludwig Zatzka haben ihre Stadtratsmandate zurückgelegt.

Dienstbotenkrankenkasse. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Frass die an die Wiener Dienstbotenkrankenkasse zu leistende jährliche Versicherungsgebühr für das Jahr 1919 von 3 K auf 5 K mit Rücksicht auf die zweimalige Erhöhung der Spitalsverpflegungsgebühren erhöht.

Eine Erklärung des „Abend“ Mit Rücksicht darauf, dass die Wiener Tagesblätter seinerzeit vor dem Vorwurf des „Abend“ gegen StR. Müller wegen angeblicher Provisions - Annahme Mitteilung machten, ersucht StR. Müller um Verlautbarung nachstehender Erklärung, enthalten im „Abend“ vom 13. d.M. „Im Abend“ wurde der Vorwurf erhoben, dass StR. Josef Müller in seiner Eigenschaft als Direktor der Einkaufsstelle der Gemeinschafts- und Kriegsküchen Wiens und Niederösterreich von der Firma Heinal und Rasper Provisionen genommen habe. Wir haben uns überzeugt, dass daran kein wahres Wort ist und dass wird durch eine unrichtige Information irreführt worden sind. Wir ersuchen Herrn Stadtrat Josef Müller um Entschuldigung und erkennen an, dass Herr Stadtrat Josef Müller nur infolge dieser Erklärung von seiner gerichtlichen Klage zurückgetreten ist. "

-----

415

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Jonny Michow**.  
Wien. I., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 16. November 1918. N.º 415.

**Abgabe von Sauerkraut.** Mit der Ausgabe von Sauerkraut wird am 21. d.M. begonnen. Ueber Ermächtigung des Staatsamtes für Volksernährung wird die Abgabe in folgender Weise geregelt: Donnerstag, 21. d.M. A bis H, Freitag, 22. I bis Qu, Samstag R bis Z, Sonntag, 24. an jene Haushaltungen, welche an den vorhergehenden Tagen das Kraut nicht beziehen konnten. Die Abgabe findet nur gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufscheines und Abtrennung des Abschnittes mit der Ziffer 5 statt. Auf jede Person entfällt  $\frac{1}{2}$  kg.

Sämtliche Abgabestellen sind verpflichtet, bei ihren Verkaufsständen eine Tafel mit der Aufschrift „Städtische Abgabestelle für Sauerkraut“ derart anzubringen, dass die Aufschrift schon von der Gasse aus deutlich sichtbar ist, die für den Kleinverschleiss festgesetzten Preise in ihren Geschäftsräumen für jedermann lesbar ersichtlich zu machen und die Preise genauestens einzuhalten. Das Verzeichnis der im Bezirk errichteten städtischen Abgabestellen wird mit einem besonderen Anschlag bekanntgegeben. Mit jeder von Konsumenten Organisationen haben das Sauerkraut bei ihren Organisationen zu beziehen. Kranken- und Humanitätsanstalten Klöster, Lehr- und Erziehungsanstalten u.s.w. haben sich wegen Zuweisung von Sauerkraut unter Angabe des Namens und der Adresse der Anstalt und der Zahl der dort verpflegten Personen an das Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle 6, I. Bezirk Neues Rathaus, Stiege 5, 2. Stock schriftlich zu wenden.

**Telegramme aus dem Osten.** Aus Allenstein ist an Bürgermeister Dr. Weiskirchner folgendes Telegramm eingelangt: Offiziere und Mannschaftspersonen von Stadt und Bezirk Wladimir

Wolinsky haben unter Führung des Hauptmannes Petterer soeben deutsches Gebiet in Allenstein betreten und werden in einigen Tagen in ihrer Heimat eintreffen. Um Weitergabe dieser Nachricht an alle deutschösterreichischen Blätter wird ersucht. Leutnant Doktor Bergauer.

Weiters ist aus Med von Ing. Visintini das nachstehende Telegramm an den Bürgermeister eingelangt: Tausende Deutschösterreicher aus dem Osten, Offiziere und Mannschaftspersonen sitzen wegen Waggonmangel in Brest-Litowsk fest, sollen in einigen Tagen abgehen. Verständigst Angehörige durch Presse und kümmert Euch um Eüre Wehrmänner. Wegen dieses letzteren Telegrammes hat sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner sofort an die Staatsämter für Heeres- und Verkehrswesen um Abhilfe gewendet.

**Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien.** Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 17. bis 23. d.M. gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 6 des amtlichen Einkaufscheines (weiss, blau, braun und grün). Der Preis des städtischen Unterzündholzes gespalten beträgt 36 h für 1 kg weiches und 29 h für 1 kg hartes Holz.

**Einstellung des Zimmerbrandes.** Mit Rücksicht auf den Kohlenmangel kann bis auf Weiteres kein Zimmerbrand ausgegeben werden. Der Küchenbrand wird mit 20 kg Steinkohle, bzw. 25 kg Braunkohle wöchentlich festgesetzt. Auf den städtischen Lagerplätzen bleibt die Ausgabe von Heizkohle auf Grund von Bezugsscheinen bzw. Bezugskarten für Gewerbe bis auf Weiteres eingestellt.

**Kartoffelabgabe.** Durch das fast vollkommene Aufhören der Kartoffelzusätze stehen die zur Abgabe der 1 kg Quote erforderlichen Mengen derzeit nicht zur Verfügung. Es muss daher die auf den Kopf entfallende Wochenmenge für die kommende Woche mit  $\frac{1}{2}$  kg festgesetzt werden. Die Kartoffeln werden in sämtlichen Bezirken von Mittwoch bis Samstag in der üblichen Art gegen Abtrennung des Abschnittes H der Kartoffelkarte abgegeben.

**Mehlzubusse.** In der Woche 17. bis 23. d.M. wird ab Montag als Ersatz für den Ausfall der vorwöchentlichen Fleischration  $\frac{1}{8}$  kg Mehl bei den städtischen Mehlabgabestellen und bei den Mehlverteilungsstellen der Konsumenten Organisationen abgegeben. Beim Bezuge des  $\frac{1}{8}$  kg wird der Buchstabe A der Mehlbezugskarte abgetrennt, dagegen werden Mehlmarken nicht abgenommen.

## 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 16. November 1918. N.º 416.

### Einführung der obligatorischen Meldepflicht für Wohnungen.

Die Ministerialverordnung vom 18. Oktober 1918 ermächtigt die Landesbehörden, anzuordnen, dass in Gemeinden, in welchen ein ausserordentlicher Mangel an Wohnungen seit Kriegsbeginn eingetreten oder zu gewärtigen ist, der Wohnungsnachweis eingeführt werde. Nach der Verordnung unterliegen dem Wohnungsnachweise möblierte und nicht möblierte Wohnungen und einzelne Wohn- sowie Geschäftsräume. Die näheren Vorschriften zur Durchführung des Wohnungsnachweises sind von der Gemeinde zu erlassen, welche auch anordnen kann, dass Ankündigungen am Haustore ebenfalls Angaben über die Grösse der Wohnung, den Einziehtermin und den Mietzins samt Nebengebühren enthalten müssen.

Durch die Verordnung wurde endlich eine Forderung erfüllt, welche die Gemeinde wiederholt und mit schärfstem Nachdrucke zur Behebung der Uebelstände am Wohnungsmarkte als unbedingt notwendig bezeichnet hat. Da die Gemeinde soweit es in ihrer Macht gelegen war, bereits während des Krieges einen allgemeinen, hinsichtlich der leerstehenden Räume obligatorischen Wohnungs- und Geschäftelokalitäten - Nachweis ins Leben gerufen und auch eine fakultative Auskunft für möblierte Zimmer und Kabinette geschaffen hat, verfügt sie bereits über einen brauchbaren Apparat mit geschultem Personale. Erleichterungen für die Erfüllung der Meldepflicht werden dadurch herbeigeführt, dass von nun ab auch die schriftliche Meldung gestattet wird. Unter der Voraussetzung des rechtzeitigen Erscheinens der noch zu erlassenden Landesverordnung, woran nach Mitteilungen der Landesstelle nicht zu zweifeln ist, tritt die Ausgestaltung des Wohnungsnachweises mit 1. Dezember d.J. in Kraft.

Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Angermayer im Sinne dieser Ausführungen Beschlüsse gefasst.

Ueber Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner

wird das Wohnungsamt der Stadt Wien nachstehende Kundmachung erlassen: Hauseigentümer oder deren Vertreter, ( Hausverwahrer, Hausbesorger ) und Untervermieter sind verpflichtet, alle vermietbaren möblierten oder unmöblierten Wohnungen, Zimmer und Kabinette, ferner alle vermietbaren Geschäftsräume jeweils binnen drei Tagen nach Eintritt der Vermietbarkeit ( Kündigung, Endigung des bisherigen Mietverhältnisses, Erteilung der Bewohnungs- oder Benützungsbewilligung ) anzumelden und jeweils binnen 24 Stunden nach erfolgter Vermietung wieder abzumelden. Die Anmeldungen, welche jedenfalls genaue Angaben über die Lage, Grösse und Ausstattung des Mietgegenstandes, den Einziehtermin, sowie den Mietpreis samt Nebengebühren enthalten müssen, sowie die Abmeldungen sind entweder mündlich oder unter Verwendung des aufgelegten, in allen Bezirksstellen des Wohnungsnachweises der Stadt Wien erhältlichen Formulares bei jener Bezirksstelle, in deren Sprengel der Mietgegenstand gelegen ist, zu erstatten. Die Anmeldung kann unterbleiben, wenn der Mietgegenstand vor Ablauf der dreitägigen Anmeldefrist vermietet worden ist.

2. Hauseigentümer oder deren Vertreter und Untervermieter sind verpflichtet, dem Wohnungsnachweise der Stadt Wien die erforderlichen Auskünfte über Meldungspflichtige Wohnungen u.s.w. zu erteilen. Die mit den Erhebungen betrauten Organe des Wohnungsnachweises besitzen Amtslegitimationen, die sie auf Verlangen vorzuzeigen haben.

3. Ankündigungen vermietbarer Räume, die am Haustore angebracht werden, haben Bezeichnung und Zahl der Räume, den Einziehtermin und den Mietpreis samt Nebengebühren zu enthalten.

4. Uebertretungen dieser Kundmachung werden gemäss § 9 der Ministerialverordnung vom 18. Oktober d.J. mit Geldstrafen bis zu 5000 Kronen oder mit Arrest bis zu 6 Wochen geahndet. Diese Strafen können auch nebeneinander verhängt werden.

**Zur Behebung der Milchnot.** Morgen wird in Prag durch einen Kurier an den Nationalrat des tschechoslowakischen Staates ein Aufruf überreicht werden, der von Bürgermeister Dr. Weiskirchner, der Frauenhilfsaktion, den Ärztlichen Vereinigungen in Wien, von den Konsumentenorganisationen und den Fürsorgestellen für Säuglings- und Kinderschutz unterschrieben ist und der die Gefahren schildert, die durch eine Absperrung der Milchlieferungen aus dem mährisch-slavischen Gebieten schildert, nachdem das Land Niederösterreich bei seinen reduzierten Viehbeständen absolut nicht in der Lage ist, ein auch nur annähernd gleiches Milchquantum aufzubringen. In dem Aufrufe heisst es unter anderem: Die Lage unserer Milchproduktion lässt leider keinen Zweifel darüber aufkommen, dass Säuglinge und Kranke, ohne die Milch mährisch-slavischer Provenienz den furchtbarsten Elende preisgegeben werden und dieses Unglück trafe nicht nur die deutsche, sondern auch die slavische Bevölkerung Wiens, welche letztere hier Jahrzehnte lang Aufenthalt genommen und Erwerb gefunden hat. Die Bevölkerung Wiens, die Erwachsenen wie die Jugend, hat sich mit dem völligen Ausschlusse von dem Milchkonsum abgefunden und harret geduldig der Zeit ergiebigerer Milchproduktion. Nur den Kindern und Kranken soll geholfen werden und aus dieser tiefinnerlichen Regung der Menschlichkeit richtet sich unser Apell an die Vertreter des tschecho-slovakischen Volkes.

Nicht ein Akt aus der Ratstube soll hier an eine kompetente Stelle gerichtet werden - es ist der Apell von Volk zu Volk, das hier wie dort an den furchtbaren Wunden eines nun endlich zum Stillstand gebrachten Völkerringens leidet. Wir, denen das Wohl eines grossen Gemeinwesens höchste Pflicht ist, wir, die wir Vereinigungen vertreten, in welchen die Interessen der Konsumenten Schutz und Pflege finden, Körperschaften, welche sich der Kleinen annehmen, um sie über Kriegsnöten hinaus zu körperlich und seelisch gesunden Staatsbürgern zu machen, wir Berufsstände und Vereinigungen, denen die Pflege der Kranken zur Lebensaufgabe geworden ist, vereinigen im Namen der Menschlichkeit die Bitte, den Kranken und Säuglingen, welcher Nation auch immer sie angehören mögen, in schweren Stunden die rettende Hand zu bieten und durch die Freigabe der Milch aus den mährisch-slavischen Gebieten unsere Kranken und Säuglinge zu retten. Gleich brennend ist der Schmerz im Herzen der Mutter, ob sie in diesem oder jenem Lande ihr Kind gebär

und in welcher Sprache sie immer seine ersten Laute hört, wenn ihr ein unerwartliches Geschick ihr Liebestes raubt, und furchtbar zu schauen ist es für jedes Volk, wenn sein Hort der Zukunft, die Jugend, im Säuglingsalter untererbricht, im Siechtum kümmerlich heranreift. Wir können nicht glauben,

dass dieser aus innerster Menschlichkeit kommende Ruf gerichtet an das zum Kulturstaate konstituierte Nachbarvolk in einer Zeit, wo nach schwerem Kriegen Kulturverbum und -wunder zum wieder erstarkt, ungenügend verhalten wird.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur **Jenny Michew.**  
Wien. 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 18. November 1918. Nr 418.

Obmänner - Konferenz. In der am Samstag abgehaltenen Obmänner-Konferenz, welcher sämtliche Vorstände der Bezirkswirtschaftsstellen zugezogen waren, wurden von diesen übersichtliche Berichte über die gegenwärtige Ernährungslage und über die Kohlenversorgung der Stadt Wien erstattet. Die Mitglieder der Konferenz konnten diesen Berichten entnehmen, dass die Versorgung der Stadt in den nächsten Wochen teils mit den bisherigen, teils mit verringerten Mengen gesichert sei, in welche letzterem Falle jedoch entsprechende Ersatzmittel abgegeben werden sollen.

GR. Dr. von Schwarz Hiller gab die Anregung, es möge eine Abordnung der Stadt Wien sich in die Schweiz begeben und dort mit den Vertretern der Entente in Verhandlung treten. Es soll entweder durch die Entente uns unmittelbar Hilfe namentlich in der Frage der Kohlenversorgung geleistet oder die Zahl der von den Deutschen abzuliefernden Eisenbahnwagen verringert werden, damit diese in die Lage versetzt sind, uns Kohlen zuzuschieben oder aber möge auf die Vertretung des tschecho slovakischen Staates eingewirkt werden, dass von ihnen ein Teil ihres Kohlen - Ueberschusses der Stadt Wien zur Verfügung gestellt werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner versprach, die entsprechenden Schritte zur Durchführung dieser Anregung einzuleiten. Bürgermeister Dr. Weiskirchner entwickelte schliesslich ein Projekt für die Errichtung eines neuen Stadtviertels auf dem bisherigen Schmelzer Exerzierfelde und führte aus: Durch die im Zeichen einer allgemeinen Abrüstung sich vollziehende Umgestaltung der staatlichen Einrichtungen ist nebst anderen auch der Bestand der Schmelz als grosses Parade- und Exerzierfeld überflüssig geworden. Diese, zwischen volkreichen und bereits zum grossen Teile ausgebauten Arbeiter- und Industriebezirken gelegene grosse Grundfläche würde sich besonders für einen mit öffentlichen Bildungsstätten, Kinderheimen, grossen Spielwiesen und Gartenanlagen dann mit Sportplätzen und den sonstigen im Geiste der neuen Zeit, der Allgemeinheit dienenden Einrichtungen reichlich versehenen Arbeiterwohnviertel eignen.

Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, dass sich der neue Staat in ganz anderer, tatkräftigerer Weise als der bisherige an der Behebung der auf den unbemittelten Bevölkerungsklassen besonders schwer lastenden Wohnungsfürsorge beteiligen müssen wird.

Es wird daher folgender Antrag gestellt:

Die Gemeinde Wien ersucht den Deutsch-Österreichischen Staat, ihr die im Besitze des Staates befindlichen Teile der Schmelz zur Errichtung eines modernen Arbeiterwohnviertels, eines grossen Volksparkes mit Spielwiesen und Sportplätzen unentgeltlich zu überlassen.

Im Falle der Erfüllung des vorstehenden Ansuchens erklärt sich die Gemeinde Wien bereit, alle in diesem neuen Stadtteil notwendigen öffentlichen Gartenanlagen sofort zu errichten und die für die Erbauung von Wohnhäusern nach dem neu aufzustellenden Regulierungsplan bestimmten Gründen im Einvernehmen mit schon bestehenden oder für diesen Anlass neu zu bildenden Arbeiter-Baugenossenschaften der Verwendung zuzuführen.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 18. November 1918. Nr 419.

Bezirksratssitzung. Die Vertretung des Bezirkes Neubau hält morgen Dienstag, 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. In der letzten Sitzung der städtischen Amts- und Anstaltsärzte wurde vom Oberstadtphysikus Dr. Böhm der Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Stadt Wien im Monate September erstattet: In die armenärztliche Behandlung sind 11.175 Fälle gegen 9321 im Vormonat und 9689 im September des Vorjahres zugewachsen. Auf die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane entfielen 3293 Fälle, auf die entzündlichen Krankheiten der Verdauungsorgane 1880, auf Lungentuberkulose und Scrophulose 884 Fälle. Ueber Infektionskrankheiten liefen aus der Zivilbevölkerung 1046 Anzeigen ein, hievon entfallen 154 auf Scharlach, 152 auf Diphtherie, 83 auf Bauchtyphus, 601 auf Ruhr, 2 auf Blattern und 17 auf Varizellen. Ueber Infektionskrankheiten bei Militärpersonen wurden 195 Anzeigen erstattet. Insgesamt starben 3246 Zivil- und 480 Militärpersonen, zusammen 3726 Personen gegen 3329 im Vormonat und 3443 im September des Vorjahres. Die grösste Zahl der Todesfälle entfiel auf Tuberkulose und Scrophulose mit 582 Fällen. An der Sterblichkeit war das männliche Geschlecht mit 52'15 %, das weibliche mit 47'85 % beteiligt. Im Berichtsmonate wurden 37 gerichtliche und 122 sanitätspolizeiliche Obduktionen vorgenommen. Von den städtischen Sanitätsstationen wurden 4203 Transporte, darunter 760 Leichentransporte durchgeführt.

Die Wohnungsverhältnisse Wiens. Im Monat Oktober ist ein weiterer Rückgang der leerstehenden Wohnungen auf 266 oder 0'48 % des gesamten Wohnungsbestandes, gegen 303 oder 0'55 % im Monat September zu verzeichnen. Von den ausgewiesenen leerstehenden Wohnungen entfallen auf die Gruppe der Kleinwohnungen 206 ( 0'051 % aller Kleinwohnungen ), der kleineren Mittelwohnungen 29 ( 0'056 % aller kleineren Mittelwohnungen ), der grösseren Mittelwohnungen 9 ( 0'013 % aller grösseren Mittelwohnungen und der grossen Wohnungen 10 ( 0'037 % aller grossen Wohnungen. Die leerstehenden Geschäftslokalitäten sind im Berichtsmonate auf 3124 gegen 2516 im Monat September zurückgegangen. Die Besucherzahl des Wohnungsnachweises betrug im Monat Oktober 4225, die Zahl der durch Organe des Nachweises revidierten Wohnungen und Geschäftslokale 2252.

420

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Johnny Michler*,  
Wien. I., Neuzs Rathaus.

## 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 19. November 1918. No 420.

Rindfleischversorgung. In der mit Donnerstag, den 21. d.M. beginnenden Abgabewoche wird wieder an Privathaushaltungen 1/8 kg Rindfleisch ( samt Zuwage ) pro Kopf jedes Haushaltes abgegeben. Spitäler, Kriegs- und Gemeinschaftsküchen Gasthäuser u.s.w. erhalten in dieser Abgabewoche Rindfleisch in jenem Ausmasse, in welchem ihnen Rindfleisch in der Zeit vor dem 14. d.M. zugewiesen worden war.

## 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 19. November 1918. No 421.

Subventionen. Der Stadtrat hat dem ersten Wiener Volksküchenverein eine einmalige ausserordentliche Subvention von 30.000 Kronen, dem Jugendreichsbund eine einmalige Subvention von 5000 Kronen und an 63 Vereine und Korporationen Kokssubventionen im Ausmasse von 3950 Zentner bewilligt.

Aus dem Stadtrat. Nach einem Antrage des StR. Schneider werden den städtischen Strassenbahnen 30.000 Glühlampen in der Schweiz bestellt; dadurch soll der empfindliche Mangel an Glühlampen für die Wagenbeleuchtung behoben werden. - Nach einem Antrage des StR. Dr. Haas wird für die Strassenregulierung die Liegenschaft 3. Bezirk Knappengasse 9 um 27.000 Kronen angekauft. - Die Herstellung eines Hilfsgeleises in der Josefstädterstrasse und Neulerchenfelderstrasse beim Lerchenfeldergürtel im 8. und 16. Bezirk anlässlich des Kanalbaues, sowie die Wiederherstellung des jetzigen Zustandes wird mit den Kosten von 65.000 Kronen genehmigt. - Für die Vergrößerung des Schuppens auf der Kohlenrutsche des Nordwestbahnhofes und für die Aufstellung zweier weiterer Kreissägen in diesem Schuppen werden 15.000 Kronen bewilligt. - Nach einem Antrage des StR. Frass wird das Haus, 7. Bezirk Kaiserstrasse 45 im Ausmasse von 276 m<sup>2</sup> um 55.000 Kronen verkauft.

Der Betriebsabgang der Stadtbahn. Die Kommission für die Verkehrsanlagen hat zu dem Betriebskostenabgang der Stadtbahn für das Jahr 1917/18 in der Höhe von 4.031.807 K einen Beitrag von 357.419 K von der Gemeinde Wien angesprochen. Unter Berufung auf den wiederholt betonten Rechtsstandpunkt der Gemeinde hat der Stadtrat nach einem Antrage des VB. Hoss bloss die Anzahl von 73.512 K genehmigt.

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Den Primararzt 2. Klasse Dr. Friedrich Walter zum Primararzt 1. Klasse; im Stände des Stadtbauamtes: Alois Kutschera zum Bauoberkommissär, Karl Böhm zum Baukommissär; im Stände des Steueramtes: Rudolf Köck zum Kontrollor, Johann Rack, Alfred Radovesnicky, Karl Schiessbühl, Johann Deinl, Friedrich Scharetzer, Alois Gehr und Franz Kebl zu Adjunkten; im Stände des Konskriptionsamtes: Karl Leupold von Löwenthal, August Schwarz, Karl Dewanger und Anton Lang zu Kommissären, Gustav Pachhammer und Heinrich Stöckl zu Akzessisten; im Stände des Exekutionsamtes Karl Gross zum Oberoffizial; im Stände der Kanzlei: Anton Angerer, Karl Bucher, Friedrich Kattor, Rudolf Merbaul, Rudolf Pucelik, Karl Rigl, Franz Sperlich zu Akzessisten; Friedrich Weiss zum Schuldiener 1. Klasse; Adolf Fiala, Alois Passini, Josef Sturm und Hohann Winter zu Schuldienern 2. Klasse.

Vom Konskriptionsamt. Der Stadtrat hat den Vizedirektor des Konskriptionsamtes Franz Mayer ad personam in die 6. Rangs-kategorie befördert.

Verrückung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat den Volksschullehrer 2. Klasse Alfred Lachnet zum Volksschullehrer 1. Klasse, Josef Braunsteiner, Karl Hauschl, Heinrich Klima und Emil Zeulbaly zu Volksschullehrern 2. Klasse, Margarete Rückel zur Volksschullehrerin 1. Klasse, Karoline Krennmayer und Marie Hubner zu definitiven Arbeitslehrerinnen ernannt.

Gemeinderatsitzung. Der Gemeinderat tritt am Freitag 4 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen.

422

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Johann Michlew,  
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 20. November 1918. Nr 422.

Ankauf eines Kalkwerkes. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Zatzka den Ankauf eines Kalkwerkes in der Hinterbrühl samt dem fundus instruktus um den Betrag von 330.000 Kronen. Die Erwerbung des Kalkwerkes ist ein Glied der Aktion, welche die Gemeinde zur Unterstützung und Förderung der Bautätigkeit eingeleitet hat.

Grabdenkmal für Eduard Strauss. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Schwer dem Entwurfe des über dem Ehrengrab des Tonkünstlers Eduard Strauss zu errichtenden Denkmals die Zustimmung erteilt. Das Denkmal wird die Inschrift aufweisen: Eduard Strauss, Tonkünstler, k.u.k. Hofballmusikdirektor, geboren in Wien am 15. März 1836, gestorben in Wien am 28. Dezember 1916.

### Verkehrungen für die Heimkehrer.

#### Eine Denkschrift des Oesterr. Ingenieur- und Architekten-Vereines (Referent Stadtbaudirektor Ing. Dr. Goldemund).

Der Oesterr. Ingenieur- und Architekten Verein hat dem Staatsrat in Form einer Denkschrift einen ins Einzelne gehenden Plan für die Organisationen der Arbeit überreicht. Diese Denkschrift enthält Vorschläge über die Aufrechterhaltung der Betriebe, über die Sammlung und Unterbringung der Heimkehrer und über die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten. Zwecks rascher und sachgemässer Durchführung der Organisationen wird die Schaffung einer Volkzugsstelle beantragt, welche aus Fachleuten, Vertretern der Industrie des Gewerbes und aus Abgeordneten zusammengesetzt ist.

Die dringlichsten Notstandsbauten werden unter Anführung der hiebei verwendeten Arbeiter angegeben. Die Denkschrift gibt eine Uebersicht der notwendigen Roh- und Hilfsstoffe und erörtert im Einzelnen die dringendsten Vorkehrungen zur Bereitstellung des erforderlichen Holzes. Für die schleunigste Errichtung gesunder Volkswohnungen wird in der Denkschrift nachdrücklich Stellung genommen und dies bezüglich empfohlen, sofort auf Staatskosten Fenster und Türen samt Beschlägen und Verglasung, sowie Fussböden nach Normalentwürfen auf Vorrat herstellen zu lassen.

Die geschilderte Denkschrift wurde in der letzten Vollversammlung des Vereines durch den Referenten Stadtbaudirektor Ing. Dr. Goldemund vorgelegt. Dieser gab unter lebhaftem Beifalle der Erwartung Ausdruck, dass die Ingenieure im demokratischen Arbeits - Staate die ihren Leistungen gebührende Würdigung finden werden.

In der Versammlung ergriff auch der Staatssekretär Ing. Hans Zerdik, der dem österr. Ingenieur- und Architekten - Verein als langjähriges Mitglied angehört, das Wort, um dem Vereine für die bisher geleistete und auch weiterhin erbetene wertvoll Mitarbeit zu danken und die Technikerschaft seiner besonderen Fürsorge für seine Interessen zu versichern.

Wohlfahrtswerk „ Schutz vor Winterkälte “. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola beschlossen, mit der Aktion „ Schutz vor Winterkälte “ hinsichtlich der Kinder im Schul- und vorschulpflichtigen Alter sofort einzusetzen. Es ist die Verabreichung einer warmen Suppe in Aussicht genommen, für die ein mässiges Entgelt zu entrichten sein wird. Die für die Zubereitung der Abendsuppe erforderlichen Lebensmittel werden bis zum Einlangen der staatlichen Lebensmittel von der Gemeinde vorschussweise beigestellt.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Johann Michlew.*  
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang: Wien, ~~Mittwoch~~, 21. November 1918. No 423.

Städtische Strassenbahnen. Auf die Dauer der durch die Kohlennot bedingten ausserordentlichen Verhältnisse sind für den Fahrtantritt am Nachmittag die Hin- und Rückfahrtscheine schon von 4 Uhr angefangen gültig. - Mit Ablauf des 24. November verlieren sämtliche aus Anlass des Krieges ausgegebenen Fahrpreis - Begünstigungen ihre Gültigkeit. Es sind dies die Freikarten mit den Nummern 3001 bis einschliesslich 21.000, die Freikarten B von Nummer 1 bis einschliesslich 7500 und die ermässigten Vorverkaufskarten für die Arbeiter der Befestigungs-Bau-Direktion.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang: Wien, Donnerstag, 21. November 1918. No 424.

Weihnachtsfeier. Für die Weihnachtsfeier im städtischen Erziehungsheim für Kinder des Mittelstandes wird nach einem Antrage des StR. Tomola ein Betrag von 400 Kronen bewilligt.

Schuhe für die städtischen Strassenarbeiter. Nach einem Antrage des StR. Breuer wird für die Beschaffung von 3000 Paar Schuhen aus Lederuberteil mit Holzsohle für die städtischen Strassenarbeiter nur die Bediensteten des städtischen Fuhrwerksbetriebes ein Kostenbetrag von 95.000 K bewilligt. StR. Spalowsky fordert, dass allen anderen Kategorien von Dienern und Aufsehern an Stelle des Stiefelpauschales gleichfalls Schuhe verabfolgt werden.

VB. Rain erklärt, dass diesbezüglich bereits ein Auftrag der Magistratsdirektion erfolgt sei, dass den Dienern, die hauptsächlich im Aussendienst stehen, Schuhe verabfolgt werden.

Entfallender Empfang. Infolge dienstlicher Verhinderung des Bürgermeisters Dr. Weiskrohner entfällt der übliche Empfang am Montag, 25. d.M.

Rechtshilfe bei der Jugendfürsorge. In Ausführung des Gemeinderatsbeschlusses vom 27. April 1917 über die Ausgestaltung der Jugendfürsorge werden in Wien 10 Bezirksjugendämter geschaffen und jedem ein rechtskundiger Beamter zur Rechtsberatung der Wöchnerinnen, Mütter, Pflegeeltern und Fürsorgerinnen zugewiesen. 7 Bezirksjugendämter, für deren Unterbringung die baulichen Herstellungen so ziemlich beendet sind, werden in nächster Zeit aktiviert werden. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Tomola 7 Stellen für rechtskundige Beamte mit dem Titel Jugendanwalt zu systemisieren, der rechtskundige Beamte der Hauptstelle des Jugendamtes erhält den Titel Oberjugendanwalt. In erster Linie kommen für diese Stellen Richter und andere rechtskundige Bewerber in Betracht, welche über ein gleiches Mass von Erfahrung und Wissen im bürgerlichen Rechte verfügen.

Vom Amtsblatt der Stadt Wien. Der Stadtrat hat in seiner heutigen Sitzung nach einem Antrage des VB. Hoss dem Ansuchen des Chefredakteurs des Amtsblattes der Stadt Wien Magistratsrates August Johann Stich um Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge gegeben. Magistratsrat Stich steht mit geringer Unterbrechung seit der Gründung des Amtsblattes im Jahre 1892 daselbst in Verwendung, seit dem Jahre 1907 als Chefredakteur. Er hat sich während seiner ganzen Dienstleistung durch besonderen Fleiss und Gewissenhaftigkeit ausgezeichnet und an der Ausgestaltung des Amtsblattes hervorragenden Anteil genommen. Zu seinem Nachfolger wurde der bisher schon dem Amtsblatte zugeteilt gewesene Redakteur Friedrich Schönsteiner mit dem Titel „Hauptschriftleiter“ ernannt.

Anmeldung der Doppelwohnungen, der unbenützten und unzulänglich benützten Wohnungen vom 22. bis 30. November 1918.

Das Wohnungsamt der Stadt Wien gibt hiefür folgenden übersichtlichen Auszug aus der Vorschrift:

Was ist anzumelden? Alle Doppelwohnungen, d.h. zwei oder mehrere Wohnungen, welche ein Wohnungsinhaber oder dessen Haushaltungsmitglieder im Wohngebiete von Wien besitzen. Das Wohngebiet von Wien umfasst ausser dem Wiener Gemeindegebiete noch die Nachbargemeinden Schwechat, Oberlaa, Unterlaa, Rotneusiedl, Inzersdorf bei Wien, Alt- und Neuerlaa, bei Wien, Atzgersdorf, Liesing, Perchtholdsdorf, Rodaun, Kalksburg, Mauer, Hadersdorf - Weidlingau, Purkersdorf, Weidling Kierling, Lang-Enzersdorf, Bisamberg, Stammersdorf, Gross-Enzersdorf. Es wird also z.B. eine Sommerwohnung oder Villa in Mauer anzumelden sein, nicht aber eine solche in Baden. Auch einzelne möblierte Zimmer, Absteigquartiere u.s.w. sind anzumelden.

Unbenützte Wohnungen, das sind alle Wohnungen, welche seit mindestens 4 Wochen bloss zur Aufbewahrung von Gegenständen dienen, oder zwar zum Bewohnen eingerichtet sind, aber tatsächlich nicht bewohnt werden oder regelmässig nur durch unverhältnismässig kurze Zeit benützt werden.

Unzulänglich benützte Wohnungen, das sind alle Wohnungen mit sechs oder mehr Wohnräumen, wenn die Zahl der Zimmer und Kabinette um wenigstens zwei grösser ist als die Zahl der diese Wohnung bewohnenden Familienangehörigen.

Wer hat anzumelden? Die Doppelwohnungen der Wohnungsinhaber oder dessen im gemeinsamen Haushalte lebenden Familienangehörigen, die unbenützten Wohnungen der Hausbesitzer, die unzulänglich benützten Wohnungen der Wohnungsinhaber.

Wann und wo ist anzumelden? Die Anmeldungen sind beim Wohnungsamte der Stadt Wien 8. Bezirk Schmidgasse 18, Ecke Langeasse, vom 22. d.M. bis längstens 30. d.M. innerhalb der Dienststunden von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends zu erstatten. Es liegen für diese Anmeldungen Formulare auf. Bei der weiteren Entscheidung über die Anforderung angemeldeter Räume wird das Wohnungsamt im Sinne der Vollzugsanweisung auf die beruflichen und Familienverhältnisse des Wohnungsinhabers jede billige Rücksicht nehmen. Dagegen wird in jenen Fällen, wo die Anmeldung unterlassen oder eine Umgehung der Vorschrift versucht werden sollte, nicht nur eine hohe Strafe verhängt werden, sondern auch die Anforderung mit aller zulässigen Strenge erfolgen. Besonders bemerkt wird noch, dass die Vorschrift auf alle Personen ohne Unterschied des Ranges und Standes Anwendung findet und dass auch die Gebäude des Hofes, des Staates u.s.w. nicht ausgenommen sind. Eine Ausnahme findet nur für die exterritorialen Gebäude der Botschaften und Gesandtschaften statt.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michow.*  
Wien. I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 22. November 1918. Nr 426.

Abgabe von Wohnfahrtsfleisch. In der 81. Woche wird mit Genehmigung des deutschösterreichischen Volksernährungsamtes an die Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine Wohnfahrtsfleisch und zwar 1/8 kg auf den Kopf und die Woche zum Preise von 80 h gegen Abtrennung des Buchstaben T in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlachtereien an folgenden Tagen abgegeben werden: Sonntag, 24. A bis F, Dienstag, 26. G bis K, Donnerstag, 28. L bis R und Samstag, 30. d.M. S bis Z.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Der 109. Obmännerkonferenz, die heute unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgehalten wurde, waren außer den Vize-Bürgermeistern, Obmännern der Gemeindeparteien noch zugezogen der Vertreter des Staatsamtes für soziale Fürsorge ....., der Obmann der Industriellen-Kommission Ing. Urban, der Vertreter der Christl. Gewerkschafts-Koon ~~Mag. Mor. Sawella~~ *Mag. Mor. Sawella*, ~~Mag. Waldsam~~ *Mag. Waldsam*, Baudirektor Dr. Goldemund, Obermagistratsrat Dr. Dont, Direktor Hofer vom Arbeiter-Fürsorgeamt, der Mag-Referent für Sachdemobilisierung Dr. Schwarz, Mag.-Sekretär Dr. Wolf. Gegenstand der Beratung bildete die Vorsorge gegen die Arbeitslosigkeit. Direktor Hofer schilderte an der Hand statistischer Daten die von Tag zu Tag steigende Arbeitslosigkeit. Ing. Urban wies darauf hin, daß die Industrie große Summen von ~~200~~ *200 Millionen* für Lieferungen zu fordern habe, die Auszahlung konnte aber bisher nicht erreicht werden. Es handle sich darum, die Arbeiter 2 - 3 Monate zu beschäftigen bis die Ueberleitung von der Kriegsin die Friedenswirtschaft vollzogen sei. Sollte es nicht möglich sein eine Beschäftigung für die Arbeiter zu finden, so müße eine ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen platzgreifen.

Der Vertreter des Staatsamtes für soziale Fürsorge teilte mit, daß die Vorarbeiten für die vom Staatsrate angeordnete Arbeitslosen-Unterstützung im vollem Gange seien. Es müße aber auch weiterhin das vollste Augenmerk darauf gerichtet werden, Arbeit zu beschaffen.

Baudirektor Dr. Goldemund entwickelte hierauf ein großzügiges Programm der Gemeinde über die Durchführung von Notstandsarbeiten. Mit Rücksicht auf den außerordentlichen Mangel an Rohstoffen gelangt er jedoch zu dem Schluß, daß vorerst bloß die Inangriffnahme von Erdarbeiten ins Auge zu faßen wäre; aber auch diese seien von den Witterungsverhältnissen abhängig.

Gemeinderat Reumann sprach sich für die eheste Freigabe von Rohstoffen und für deren gleichmäßige Verteilung aus. Er wärem die Hebung der Produktion, eine Kredithilfe für die Gewerbetreibenden und Feststellung der Arbeitsbedingungen zu fordern. Er wünscht ferner eine Unterstützung der Krankenkassen, welche durch den Krieg sehr stark in Mitleidenschaft gezogen wurden und regt die Wiedererrichtung von Nähstuben behufs Beschäftigung von arbeitslosen Frauen und Mädchen an.  
Vizebürgermeister Rain fordert, die Regierung möge

die Industrien in die Lage versetzen, ihre durch den langen Krieg stark hergenommenen Betriebe, wieder aufzurichten, damit die Friedensarbeit ehestens in vollem Umfange wieder aufgenommen werden könne.

Der Bürgermeister resumierte die Anregungen und Wünsche wie folgt: Die Obmännerkonferenz als Representanz des gesamten Wiener Gemeinderates fühlt sich verpflichtet, die Forderung nach sofortiger entsprechender Regelung der verschiedenen liquidierten nicht bezahlten Forderungen der Industrie an die Staatsregierung nachdrücklichst zu unterstützen, ebenso die Aufhebung der Beschlagnahme und die Zuweisung der bei den Industriellen lagernden Materialien im Sinne einer gerechten Aufteilung. Die Verbindung zwischen den verschiedenen Arbeitsvermittlungsstellen muss gefunden werden, ebenso wie die Verbindung zwischen den arbeitvergebenden Stellen. Es wird die sofortige Inangriffnahme der Neuordnung der Kredithilfe für den Gewerbsstand gefordert, wobei auf die Unterstützung der Regierung grosser Wert gelegt wird. Die Forderung nach Regelung der Mindestlöhne und die Arbeitszeit betrifft nicht nur die Arbeitgeber im Allgemeinen, sondern insbesondere auch die Gemeinde Wien als Grossindustrieller und vielfacher Arbeitgeber und es wird daher auch diese Frage im Schoße der Gemeinde behandelt werden. Was die Organisierung der Nähstuben und der Heimarbeit betrifft, so wird Obermagistratsrat Dr. Dont ersucht, hierüber neuerliche Vorschläge zu erstatten. Hiebei muss auf Beschaffung der Materialien das grösste Gewicht gelegt werden. Der Vertreter des Staatsamtes für soziale Fürsorge wird ersucht, wegen der vielfach den Arbeitssuchenden fehlenden Arbeitsdokumente und ihres eventuellen Ersatzes das Nötige zu veranlassen, weil die Gemeinde Wien die Sache nicht allein regeln kann, nachdem es sich um ganz Deutsch-Oesterreich handelt. Es müsste mindestens eine Rahmenverordnung erscheinen, welche diese Verhältnisse entsprechend regelt. Ferner soll die Möglichkeit ohne langwieriger Verfahren Grundflächen in Anspruch zu nehmen analog dem Kriegsleistungsgesetze weiterbestehen.

+++ +++++

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilte in der Obmännerkonferenz mit, daß ~~er~~ in Durchführung in der letzten Obmännerkonferenz gegebene Anregung Gemeinderat Dr. von Schwarz-Hiller sich in die Schweiz begeben, um ~~das~~ *Informationen* ~~als Vertreter der Stadt Wien~~ mit den Vertretern der Entente wegen Beschaffung von Lebensmitteln *inzufragen*.

+++++

Rücktritt von Gemeindefunktionären. VB. Hierhammer, die StRe. Frass, Grünbeck, Poyer und Wippel, die Bezirksvorsteher Hruza, (10. Bezirk), Karlinger (13. Bezirk), Kunz (14. Bezirk), Dr. Mattis (15. Bezirk), kaiserlicher Rat Baumann (18. Bezirk), Müller (20. Bezirk) und ~~Andere~~ (21. Bezirk) haben ihre Mandate zurückgelegt. Der Stadtrat hat ihnen ihre Pensionsbezüge angewiesen und ihnen ~~den~~ Dank für ihre langjährige erspriessliche Tätigkeit ausgesprochen. Am Schluss der Sitzung richtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner an die austretenden Mitglieder des Stadtrates eine Ansprache, in der er ihnen, insbesondere dem VB. Hierhammer für ihre namentlich während der Kriegszeit den herzlichsten Dank aussprach. VB. Hierhammer dankte in seinem und im Namen der anderen ~~ern~~ für die Anerkennung.

Wiener Gemeinderat

Sitzung am 22. November 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner verliest den Spendeneinlauf: Leopold Neubauer, hat für die Armen Wiens 200 Kronen gespendet; Max Wurzel für die Armen des 9. Bezirkes 100 Kronen, die Firma Julius Meiß hat dem städtischen Krankenhaus in Lainz 35.000 Flaschen Mineralwasser unentgeltlich überlassen; die Direktion der Ersten Oesterr. Sparkasse hat wie alljährlich zur Anschaffung und Verteilung von Winterkleidern an die in Privatpflege befindlichen Waisenkinder Wiens 6000 K, zur Anschaffung und Verteilung von Brennmaterial an die Armen Wiens 2000 K und zur Verteilung von Speisemarken an die Armen Wiens 2000 Kronen gewidmet.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Es war nicht mehr Zeit eine Beschlussfassung des Stadtrates einzuholen, darum möchte ich mir vom Gemeinderat ex praesidio eine Ermächtigung erbitten. Durch den Umsturz der städtischen Verhältnisse der letzten Tage ist eine Frage ins Rollen gekommen, die schon schon lange leitende Kreise der Wiener Gemeindeverwaltung beschäftigt hat und die für die gesamte Wiener Bevölkerung besonders in der kommenden Zeit, in welcher kein Mittel unversucht bleiben darf, um die durch den Krieg geschwächte Volksgesundheit zu heben, von grosser Bedeutung ist. Das weite Gebiet des Lainzer Tiergartens ist als Krongut nunmehr zur Verfügung des Staates gestellt. Ich werde diese Gelegenheit ergreifen, um an das zuständige Staatsamt heranzutreten, den Lainzer Tiergarten nunmehr dem Besuche und der Erholung der Wiener Bevölkerung zu eröffnen und behalte mir vor, wegen Erwerbung eines entsprechenden Arealen für Zwecke der Erweiterung des Jubiläumsspitales und des Wiener Versorgungsheimes sowie zur Einrichtung von Tuberkulosen-Heimstätten und sonstigen Fürsorgeeinrichtungen die Verhandlungen aufzunehmen.

Ich erbitte mir die Zusicherung des Gemeinderates. (Zustimmung unter lebhaften Bravorufen.)

Die Bundesleitung des Oesterreichischen Roten Kreuzes übermittelt dem Bürgermeister die Abschrift eines an das Staatsamt für Volksgesundheit gerichteten Schreibens, in welchem die vom GR. Dr. Loewenstein erhobenen Anschuldungen als unbegründet und unrichtig zurückgewiesen werden. Sie ersucht um Einleitung einer amtlichen Untersuchung.

GR. Gussenbauer bespricht in einer Interpellation den Zusammenstoss zwischen der Deutschen Volkswahr, welche die Bahnstation Stadlau bewachte und den durchfahrenden Tschechoslovaken bei dem Versuch der Entwaffnung der letzteren. Der Misserfolg der Volkswehr sei nicht bloss dem ungleichen Stärkeverhältnis zuzuschreiben, sondern insbesondere dem verräterischen Verhalten der tschechischen Angestellten der Station Stadlau, insbesondere dem Stationsvorstand. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister Einfluss nehmen wolle, dass die tschechischen Eisenbahnangestellten in den tschecho-slovakischen Staat abgeschoben werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Was die Vorgänge auf den Wiener Bahnhöfen anbelangt, so kann ich nur von meinem Sitze aus das tiefste Bedauern über diese Vorkommnisse ausdrücken. Was die übrige Anfrage anbelangt, entzieht sie sich dem Wirkungskreise der Gemeinde und es wird Sache des Deutschösterreichischen Staates sein, entsprechende Verfügungen zu treffen.

GR. Dr. Klotzberg fragt, ob der Bürgermeister das Staatsamt für Volksgesundheit ersuchen und das Stadtphysikat beauftragen wolle, alle Mittel zu ergreifen, um der Siphilis Herr zu werden. Es möge endlich alles getan werden, um diese Krankheit zu bekämpfen und die Prostitution zu regeln.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Es ist bekannt, dass der Wiener Gemeinderat grundlegende Beschlüsse zur Bekämpfung der Tuberkulose gefasst hat. Wir haben Fürsorgestellen errichtet, die Aktion wird fortgesetzt und erst vor Kurzem hat <sup>keine</sup> Sitzung im Staatsamt für Volksgesundheit stattgefunden. Was die Syphilis anbelangt, kann ich nur darauf hinweisen, dass auch hier das Staatsamt für Volksgesundheit eingeschritten ist. Es wurde seinerzeit das Asyl für Obdachlose für weibliche Geschlechtskranke verwendet. Ausserdem wird daran gegangen, im weitesten Umfange die Anzeigepflicht einzuführen und durch ambulatoire Behandlung die grosse Masse der Bevölkerung vor Ansteckung zu sichern. Es wird selbstverständlich weiter Aufgabe der Gemeinde sein, das Staatsamt für Volksgesundheit zu ermahnen, restlos seine Pflicht zu erfüllen.

GR. Herold wünscht in einer Anfrage eine stärkere Verbreitung des Haferreises als Nahrungsmittel.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Wenn ich einen Hafer hätte, wäre ich sehr glücklich. Aber den habe ich nicht. Was die militärischen Vorräte anbelangt, möge sich der Fragesteller erkundigen. Wie in Etappenstationen die Vorräte in unerhörtester Weise geplündert und vernichtet wurden. Es wurden Mehlsäcke aufgeschnitten und das Mehl ausgeschüttet, dass die Soldaten bis zu den Knöcheln im Mahl

wateten., durch die grasse militärische Unfähigkeit der betreffenden Stellen. (Zustimmung.)

GR. Goltz stellt folgende Interpellation: Es wird mir berichtet, dass bei Vergebung militärischer Stellen von den betreffenden Referenten wieder in einer protektionsmässigen Form vorzugehen versucht wird, welche den heutigen Verhältnissen in dem Staate Deutschösterreich entschieden nicht entspricht. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt, seinen Einfluss dahin geltend zu machen, dass in den betreffenden Fällen vor allem deutschösterreichische Staatsbürger Wiener, berücksichtigt werden und Nicht-Deutschösterreicher als Ausländer zu behandeln sind?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Nachdem in der Frage keine konkreten Fälle angeführt sind, ist es mir schwer, auf Grund einer allgemeinen Behauptung zu intervenieren. Ich werde die Anfrage dem Herrn Staatssekretär für Heerwesen übermitteln.

GR. Ferdinand Fischer fragt, ob der Bürgermeister beim Staatsrat die 6 Uhr Sperre bis Weihnachten erwirken wolle.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Mir sind die Klagen aus dem Kreise der Gewerbe und Handeltreibenden wohl bekannt. Diese Klagen sind berechtigt, aber wenn sie vor der Wahl stehen, entweder die öffentliche Beleuchtung sistieren zu müssen oder die 4 Uhr Sperre zu verfügen, dann wird auch der Antragsteller sich lieber dafür entscheiden, dass wir nichtnützlich die öffentliche Beleuchtung, so lange wir können, aufrechterhalten. So stehen wir. Ich muss aufmerksam machen, dass in den nächsten Tagen eine weitergehende Massnahme betreffend Einschränkung des Gas- und Elektrizitätsverbrauches getroffen werden wird.

GR. F. Fischer fragt, ob der Bürgermeister beim Staatsrat dahin wirken wolle, dass die Baumwollzentrale baldigst liquidiere und dass die Bezugsscheine aufgehoben werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass die Auflassung derjenigen Zentralen, welche bisher die Textilwaren bewirtschaftet haben als auch die Aufhebung der Bestimmungen über die Bedarfs-Bescheinigungen B und C für Kleider und Schuhe im Zuge ist. Die Gemeinde Wien hat übrigens auch Gelegenheit genommen auf die Notlage der Bevölkerung Wiens an Kleidern und Schuhen hinzuweisen und dahin vorstellig zu werden, dass die vorhandenen Warenbestände möglichst rasch im Wege des legitimen Handels an die Bevölkerung zur Verteilung gelangen.

GR. Wimbarger stellt die Anfrage, ob der Bürgermeister geneigt wäre, seinen ganzen Einfluss dahin geltend zu machen, dass die Zentralen aufgelöst und der Handel freigegeben wird, wie dies bei der Gemüsezufuhr bereits erfolgt ist. Und dass die freie Einfuhr aus Nieder- und Oberösterreich

für Wien überhaupt gestattet ist. Die Wiener Wirte würden dem Herrn Bürgermeister gewiss recht dankbar sein.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich habe bereits in der letzten Gemeinderatsitzung meinen Standpunkt in dieser Frage dargelegt und hoffe auf sicheren Erfolg. In eine Eingabe habe ich um eine volkstümliche Zusammensetzung des Direktoriums für die Zeit des Abbaues gebeten.

GR. Bammelhart wünscht in einer Interpellation die eheste Räumung des Schulhauses 9. Bezirk Lazarettgasse 37 und seine Zuführung zu Unterrichtszwecken.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich werde diese Anfrage als Antrag behandeln und der geschäftsordnungsmässigen Behandlung unterziehen lassen.

477 - 478

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michow.  
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 23. November 1918. Nr 427.

Zur Kohlenversorgung Wiens. Das deutsch-österreichische Staatsamt für Verkehrswesen hat den Bürgermeister Dr. Weiskirchner verständigt, dass an der Direktion Kattowitz nachstehende telegraphische Weisung ergangen ist: Generaldirektion der tschecho-slovakischen Staatsbahnen drahtet, dass der Durchführung der oberschlesischen Kohle über Oderberg und Mähren für die Gemeinde Wien zugestimmt wird. Ersuchen daher dringend, Kohlenverladung aufzunehmen und um Abfertigung in ganzen Zügen.

Abgabe von Sauerkraut. In der kommenden Woche wird von 23. d.M. bis einschliesslich 1. Dezember Sauerkraut abgegeben. Für jede Person kommt 2 kg zur Abgabe; der Preis für 1 kg beträgt 2 K; die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des Abschnittes 7 des neuen amtlichen Einkaufsscheines.

Kerzenabgabe im Dezember. Im Dezember werden für Wohnungen, welche Petroleumbezugskarten ausgegeben wurden und für Aftervermittlungen, für welche Petroleumbezugskarten ausgegeben wurden, je eine Kerze im Gewichte von 1/32 kg ausgefolgt. Als Bezugskarten gelten die Petroleumbezugskarten für Wohnungen und Aftervermittlungen.

Petroleumabgabe im Dezember. In der Zeit vom 1. Dezember bis einschliesslich 4. Jänner werden auf Grund der Petroleumbezugskarten nachfolgende Mengen ausgefolgt: für Wohnungen und Waschküchen wöchentlich 1/2 Liter, für die Beleuchtung der Flure, Gänge und Stiegen für jede Flamme 1/2 l, für Heimarbeiter und Geschäftslokale 1 Liter und für Untermieter 1/2 Liter wöchentlich.

Wiedereröffnung des Rathauskellers. Am morgigen Sonntag wird um 11 Uhr der Rathauskeller wiedereröffnet.

Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 24. d.M. bis 30. gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 10 des amtlichen Einkaufsscheines. Der Preis des städtischen Unterzündholzes gespalten beträgt 38 h für 1 kg weiches und 30 h für 1 kg hartes Unterzündholz.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. In Abänderung des bereits bekannt gegebenen Programmes für die 81. Hilfsaktionswoche wonach den Mindestbemittelten ein Achtel Kilogramm Wohlfahrtsfleisch pro Kopf und Woche zum Preise von 80 h hätte abgegeben werden sollen, wird mit Genehmigung des Staatsamtes für Volksernährung in der 81. Woche Wohlfahrtspferdefleisch zu dem einheitlich festgesetzten Preise von 3 K per kg und zwar: an Einzelpersonen und Haushalte bis zu 4 Köpfen 1/2 kg, an Haushalte mit 5 und mehr Personen 1 kg zur Abgabe gelangen. Der Bezug erfolgt durch Abtrennung des Buchstaben T der rosafarbenen Einkaufsscheine in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlachtereien:

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 23. November 1918. Nr 428.

Abnahme der Hundewutfälle in Wien. Seit der am 8. Juni verfügten Einführung des Leinenzwanges für Hunde in Wien liess sich ein allmählicher, wenn auch zeitweise durch gehäufte Krankheitsfälle unterbrochener Rückgang der Hundswut feststellen. In der letzten Zeit sind nur mehr vereinzelte Fälle konstatiert worden. Hieraus kann jedoch keineswegs auf das endgültige Erlöschen dieser Seuche geschlossen werden. Es

ist im Gegenteil zu befürchten, dass noch immer eine Anzahl von infizierten Hunden vorhanden sind, welche dormalen noch gesund erscheinen, bei welchen jedoch später die Krankheit zum Ausbruche kommen kann.

Fahrverbot. Der Magistrat hat die Durchfahrt von Lastkraftwagen über den Dr. Karl Lueger-Platz im Zuge der Reichsratsstrasse, ferner durch die Lichtenfelsgasse und Felderstrasse im 1. Bezirk verboten.

Verleihung von Eisernen Salvatormedailen. In der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates wurde über Antrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner beschlossen, den ausscheidenden Mitgliedern des Wiener Gemeinderates und Bezirksvorstehern in Anerkennung ihres verdienstvollen Wirkens auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge der Gemeinde Wien während des Weltkrieges und zur Erinnerung die Eiserner Salvatormedaille zu verleihen. - Weiters wurde nach einem Antrage des VB. Hoss den Mitgliedern des Zentralausschusses der Frauenhilfsaktion im Kriege die Eiserner Salvatormedaille verliehen und zwar an: Frau Berta Weiskirchner, Frau Hanni Brantano, Frau Antonie Colbert, Frau Emmi Freundlich, Frau Fanny Freund-Marcus, Frau Helene Granitsch, Frau Marianne Hainisch, Frau Josefine Kurzbauer, Elementine Prinzessin Metternich, Frau Dr. Alma Seitz, Frau Toni Schmolek, Frau Hertha von Sprung, Gerta Gräfin Walterskirchen, Frau Rosa Wien. - Es sind die ersten Verleihungen der im Kriege geschaffenen Eisernen Salvatormedaille.

Der Dank des Gemeinderates. In der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates wurde beschlossen, dem Vizebürgermeister Heinrich Hierhammer anlässlich seines Scheidens vom Amte in Würdigung der Verdienste, die er sich während seiner Wirksamkeit als Vizebürgermeister um das öffentliche Wohl erworben hat, den Dank und die vollste Anerkennung des Gemeinderates zum Ausdrucke zu bringen. Auch den ausscheidenden Stadträten und Bezirksvorstehern wurde der Dank und die vollste Anerkennung ausgesprochen.

Die ausscheidenden Gemeinderäte. Folgende Gemeinderäte sind mit gestrigen Tage aus dem Gemeinderate ausgeschieden: Aichhorn, Baechlé, Braun, Brauneis, Brenta, Dobek, Drössler, Eglauer, Eiguer, Goldeband, Josef Grünbeck, Heffenmayer, Hermann, Hilscher, Hofmann, Kerner, Dr. Klötzberg, Lanzer, Laubek, Lux, Mayer, Nejezchleba, Nemetz, Dr. Neunayer, Oberleuthner, Obriat, Payer, Pichler, Porsch, Poyer, Proschek, Reininger, Rupprecht, Rykl, Sadilek, Schelz, Schlechter, Siegmeth, Stahlich, Völkl, Wessely, Wiesinger, Wimberger, Wippel und Zatzka.

Aus dem Rathaus. Der Stadtrat tritt in der kommenden Woche, Donnerstag und Freitag zu Sitzungen zusammen.

Sonntag, 24. A bis F, Dienstag, 26. G bis K, Donnerstag, 28. L bis R und Samstag, 30. d.M. S bis Z. Um den Mindestbemittelten den Bezug des Fleisches unbedient zu sichern, findet für diese der Verkauf am den bezeichneten Tagen in der Zeit von 7 bis 10 Uhr Vormittags statt.

Auszeichnungen verschafft, aber seine Aufgabe nicht erfüllt und das soll die Untersuchung lehren. Es ist an der Zeit, dass das rote Kreuz endlich einmal liquidiert- ( Lebhaftige Zustimmung )  
Gr. Dr. Klotzberg verweist darauf, dass das Karoline Riedel'sche KinderSpital binnen 14 Tagen die Räume schliessen muss und keine Kinder mehr aufnehmen kann, wenn es nicht eine höhere Subvention, bezw- ein Darlehen erhält . Er bittet auch die Kinderspitäler so zu berücksichtigen, wie den Krankenanstalten. Es ist im Interesse der Kinder, welche jetzt weit mehr den Krankheiten ausgesetzt sind- ( Zustimmung )

Nachdem Schlussworte des Berichterstatters Stadtrat Dr- Hass werden nach Annahme des Referentenantrages die vorgebrachten Anregungen betreffend die Kinderspitäler vom Bürgermeister dem Magistrats zur schleunigsten Berichterstattung zugewiesen.

Gr. Tomola beantragt die Bewilligung von Subventionen für Kirchenmusikvereine für 1918.

Gr. Dr. Hein beantragt über Ansuchen des Verbandes der Hilfsgruppen für Kriegsgefangene und im Einvernehmen mit denselben dem Dänischen Roten Kreuze für die noch in russ. Kriegsgefangenschaft befindlichen Deutsch-Österreicher und zwar in erster Linie für Wiener eine Spende im Betrage von 30.000 Kronen zur Anschaffung von Liebesgaben insbesondere Kleidern mit der Bitte um rascheste Vermittlung derselben an die Kriegsgefangenen zur Verfügung zu stellen. Der Antrag wird genehmigt.

Ueber Antrag des Gr. Tomola wird der Verein "Kinderschutzstationen" statt durch eine Subvention künftig in der Weise unterstützt, dass die Hälfte der jeweilig reinen Verpflegskosten und einen Zuschuss zu den Verwaltungs- und Betriebskosten in der Höhe von 10% der so errechneten Beihilfe zur Zahlung übernimmt. Als Bedingung wird aufgestellt, dass der Verein in erster Linie die vom städtischen Jugendamte überwiesenen Kinder in Fürsorge übernimmt und dass die Gemeindevertretung berechtigt ist, so viele Vertreter für Sitz und Stimme in den Vereinsvorstand zu entsenden, dass deren Zahl die Hälfte aller gewählten Vorstandsmitglieder beträgt.

StR. Schwer beantragt die Erhöhung der Theaterwachgebühren für die dem Reserve entnommenen Feuerwehrmannschaft in Theatern, Rauchtheatern und Zirkusanlagen auf K 3.-- für jede vor 11 Uhr nachts und von K 3.50 für jede nach 11 Uhr nachts endigende Vorstellung.

Gr. Moißl stellt folgenden Antrag: Der Gemeinderat spricht den Wunsch aus, noch im Laufe des heurigen Jahres einen Antrag vorzulegen, worin die Wünsche der Feuerwehrmannschaft ihre wohlverdiente Anerkennung finden, da man sich der bescheidenen Forderungen nicht verschliessen könne. - Dieser Antrag wird genügend unterstützt, der Referentenantrag selbst angenommen.

Nach Erledigung der Tagesordnung hält der Bürgermeister folgende Ansprache: Im Jahre 1848 wurde durch das stadionische Statut die freie Gemeinde geschaffen, welches durch 70 Jahre mit den durch die Erweiterung des Stadtgebietes und durch die Erweiterung des Gemeindegewalt bedingten Veränderungen der Gemeindeverwaltung als Grundlage gedient hat. Eine neue Zeit ist angebrochen und die österreichische Nationalversammlung hat vorgeschrieben dass binnen wenigen Monaten definitive Wahlen in die Gemeindeverwaltung zu erfolgen haben und dass bis dahin die Gemeindevertretungen durch Zuziehung von Arbeiter-Neuvertretern neu zu konstituieren sind. Die Konstituierung ist nunmehr durch einen Erlass der niederösterreichischen Landesregierung inaugurirt. Sie hat aus 84 Christlichsozialen, 60 Sozialdemokraten, 19 freiheitlichen und zwei Deutschen nationalen zu bestehen. Nach dem Grundgesetze ist eine Rekurs gegen diese Verfügung unzulässig. Es hat daher der Wiener Gemeinderat in seiner alten Zusammensetzung, die sich auf das Wahlkörpersystem begründete, zu bestehen aufgehört. Mit der heutigen Sitzung hat daher der Gemeinderat in seiner bisherigen Zusammensetzung seine letzte Sitzung abgehalten. Jahre reicher Arbeit und Verantwortung liegen hinter uns und die unmenschlichen Leiden und Sorgen, von denen die Wiener Bevölkerung während der Kriegsjahre gedrückt worden ist, haben sich in den tiefen Ernst der Beratungen in diesem Saale wiedergespiegelt. Der Wiener Gemeinderat wäre dieser Leidensjahre die restlose Erfüllung seiner Pflichten aufgefasst hat und wie er bemüht war, das letzte, was in uns allen an Kraft und Opfermut geborgen ist, anzubieten, um das Leben der Stadt aufrecht zu erhalten - das wird ein Ruhmedenkmal des Gemeinderates für ewige Zeiten bilden. ( Lebhafter Beifall ). Heute gilt es Abschied zu nehmen von der Versammlung, die zur Verwaltung der Stadt Wien während der Kriegszeit berufen war. Mit der Beendigung des Kriegszustandes ist die alte Zeit abgeschlossen und neue Aufgaben pochen mit Ungestüm mitten in einer ungeheuren Umwälzung an die Pforten der Ratsstube. Die Demokratisierungen in den öffentlichen Vertretungskörpern ist ein unabweisbares Gebot der Zeit und vielleicht der einzige Bank, den wir unseren Brüdern und Söhnen, die in schweren Kämpfen für ein Vaterland gelitten haben, das nicht mehr besteht, durch die p

Pforten eines breiten demokratischen Wahlsystems werden neue Männer einziehen, von denen wir wünschen, dass sie von demselben Pflichtbewusstsein, demselben Verantwortungsgefühl besetzt sind, wie jene, die heute aus der Ratsstube ausscheiden. Alle Schichten der Wiener Bevölkerung mögen durch sie Einkehr erhalten ins Rathaus und die Männer und Frauen ihres Vertrauens entsenden als gleichberechtigte Bürger, als Helfer und Berater ihrer Mitbürger. Das dieses Werk ermöglicht wurde, haben wir vor allem den Kollegen zu verdanken, die ihre Mandate für die Zwecke einer weitgehenden Demokratisierung des Gemeinderates zur Verfügung stellten. Das ist echter edler Bürgersinn und diese Tat ehrt ihr Schöpfer nicht minder, als der Opfersinn, den sie während der ganzen Kriegszeit an den Tag gelegt haben. Insbesondere danke ich meinem verehrten lieben Freunde Hierhammer ( Lebhafter Beifall ) der durch die ganzen Jahre als treuer aufrichtiger hingebungsvoller Freund mich in seiner Stellung als erster Vizebürgermeister unterstützt hat. Ich danke allen Kollegen im Stadt- und Gemeinderate, die heute ausscheiden, Ich glaube, dass dieser echte Bürgersinn und diese Tat nicht nur ihre Schöpfer ehrt mehr noch als der Opfersinn, den sie während der Kriegszeit an den Tag gelegt haben. Ich erfülle eine Herzenspflicht, wenn ich den verehrten Kollegen für diese Betätigung ihres Gemeinsinnes den herzlichsten Dank zum Ausdruck bringe. So beschliessen wir in der Zeit werktätig bewiesener Bürgertugend und im Zeichen der Eintracht diesen Abschnitt der Gemeinde. Möge die Eintracht, die uns geleitet hat, während der schwersten Jahre unserer Stadt wuns bewahrt bleiben über die uns noch bevorstehenden schweren Wochen in die kommende von uns so innigst erwünschte Zeit friedlicher Entwicklung. Gott schütze unser Deutsch-österreichisches Volk und den neuen Staat, Gott schütze unsere geliebte Vaterstadt, unser deutsches Wien ! ( Lebhaftige Zustimmung ). Die öffentliche Sitzung wird hierauf geschlossen.

GR. Rummelhardt stellt folgenden Antrag:

Sowohl die Beamtenschaft als auch die Lehrerschaft hat mit Recht die 35 jährige, resp. bei akademischer Bildung die 30 jährige Dienstzeit jahrelang angestrebt und es wurde ihr dieser Wunsch auch erfüllt. Trotzdem hat eine grosse Anzahl der Beamten und Lehrer in dankenswerter Weise während der Kriegszeit darauf Verzicht geleistet, nach dem 35. bzw. 30. Dienstjahr in Pension zu gehen, da durch die Einrückung zahlreicher Beamte und Lehrer Not an Mann in Amt und Schule war. Dafür gebührt diesen Männern und Frauen die vollste Anerkennung. Jetzt aber ist es unbedingt notwendig, dass alle Beamten, Lehrer und Lehrerinnen, welche das 35. bzw. 30. Dienstjahr bereits zurückgelegt haben, sogleich in den Ruhestand treten, um den Heimkehrern aus dem Lehrer- und Beamtenstande die Avancementmöglichkeiten zu erleichtern, und für die zum Lehr- und Beamtenstande qualifizierten Heimkehrern Platz zu Neuanstellung zu verschaffen. Ebenso ist dies aus dem Grunde notwendig, um die grosse Anzahl von jungen Lehrerinnen und Beamtinnen, die während der Kriegszeit in Schule und Amt angestellt wurden, in der jetzt so schweren Zeit nicht brotlos zu machen. Die Unterzeichneten beantragen daher die sofortige Pensionierung sämtlicher Angehöriger des Lehr- und Beamtenstandes von amtswegen, welche eine Dienstzeit von mehr als 35 bzw. 30 Jahren aufweisen unter Anerkennung ihrer verdienstvollen Tätigkeit und Miteibziehung eines den Verhältnissen entsprechendes Teiles der Kriegszulagen in die Pensionsbezüge und mit Gewährung der entsprechenden Teuerungszulagen und Anschaffungsbeiträgen zu den Ruhegehältern in der Weise, dass sie wenigstens über die Zeit der anhalten den Teuerung keine Einbusse in ihren derzeitigen Gesamtbezüge erleiden. Sie beantragen ferner die sofortige Besetzung aller durch diese Pensionierung freiwerdenden Stellen durch die berechtigten Anwärter auf dieselben und die Neuanstellungen in erster Linie aus den Reihen jener Bewerber um Lehr- und Beamtenstellen, die sich in den Jahren 1914 bis 1918 die Qualifikation für solche Stellen erworben und nur durch den Krieg verhindert waren, sich um solche Stellen zu bewerben, bzw. zu erhalten.

Solche die im Wiener Schulwesen durch die K. und durch die Belassung der bereits bestellten Substitutinnen und Substitutinnen der tatsächliche Bedarf der Lehrpersonen trotz der Pensionierung der pensionsreifen Mitglieder des Lehrstandes überschritten haben, so sind die jüngsten Substituten und Substitutinnen mit Rücksicht auf die durch den Krieg hervorgerufenen Mängel in der Lehrerbildung im Wiener Schuldienste zu belassen und zum Hospitieren behufs praktischer Heranbildung eines vollkommen geeigneten Nachwuchses im Lehrstande zu erhalten.

Ebenso ist nach Möglichkeit von einer Entlassung der Kriegsaushilfskräfte in den städtischen Aemtern und in den städtischen Unternehmungen abzusehen und es ist in allen Fällen, wo ein Verbleiben im Dienste vollständig unmöglich ist, eine entsprechende Kündigungsfrist und Abfertigung zu gewähren.

Ueber die Art der Durchführung dieser Anträge ist dem Gemeinderäte bis längstens 1. Jänner 1919 Bericht zu erstatten.

GR. Huber stellt folgenden Antrag: Es möge für die Invaliden, die in Wiener Spitälern untergebracht sind, auf die Dauer ihrer Unterbringung im Spital bis zur Versetzung in das Zivilverhältnis Freikarten zur Verfügung gestellt werden.

Gr. Baxa beantragt, der Bürgermeister möge sich mit einer, in diesem Sinne vom Magistrate mit Ziffern und Daten begründeten Bitte an den deutsch-österreichischen Staatsrat um Ueberlassung des seinerzeit geschaffenen Stadterweiterungsfonds behufs Durchführung der bereits angeführten dringend gebotenen Schaffung von Arbeiterhäusern zur Abwendung der in Wien derzeit herrschenden Wohnungsnot auf dem ehemaligen Exerzierfelde „Schmelz“ wenden und die bezüglichen Verhandlungen einleiten.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Vor Eingang in die Tagesordnung sagt der Bürgermeister:

Vorigen Dienstag wurde die städtische Anleihe in der Höhe von 250 Millionen Kronen zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Ich benütze in der heutigen Gemeinderatssitzung die Gelegenheit an Sie, als die Träger der Gemeindeverwaltung mit der Bitte heranzutreten, in allen Kreisen agitatorisch zu wirken und tätig zu sein, dass das Ergebnis der Zeichnung eine solche sei, wie es dem Kredit der Stadt Wien der Bedeutung unserer Stadt und dem Zweck des Anlehens entspricht.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Vize-Bürgermeister Hoß legt die Verwaltungsberichte und Bilanzen der städtischen Gaswerke und der städtischen Elektrizitätswerke vor, welche genehmigt werden.

Nach einem Berichte des Vize-Bürgermeisters Hoß wird dem ersten Wr. Volksküchenverein eine einmalige ausserordentliche Subvention in der Höhe von 30.000 Kronen gewährt. (Angenommen.)

Vize-Bgm. Hoß beantragt weiters die Bewilligung von Subventionen für Tierschutzvereine, den Reichsverein für Bienenzucht, die österreichische Fischereigesellschaft, Wein- und Obstbauvereine, Geflügel- und Kaninchenzüchtervereine, sowie für Gartenbau- und Verschönerungsvereine und für den Verein „Denkmalpflege“ und „Heimatschutz“ für Niederösterreich. (Angenommen.)

Vize-Bgm. Hoß berichtet über die Regelung des Dienstverhältnisses der Beamten des Bezirkswahlkatasters. Nach demselben wird der Status der Beamten des Bezirkswahlkatasters aufgelassen und die Angehörigen dieses Status zu Beamten des Zentral- Wahl- und Steuerkatasters extra statum ernannt.

Vize-Bgm. Rain legt den Rechnungsabschluss der städtischen Stellwagenunternehmung vor, der genehmigt wird.

GR. Schneider legt die Verwaltungsberichte und Rechnungsabschlüsse der städtischen Strassenbahn für die Jahre 1915 und 1916 und 1917 vor.

Stadtrat Dr. Haas berichtet über die Bewilligung der alljährlichen Subventionen fürsamtäre Zwecke pro 1918 (angenommen.)

Stadtrat Dr. Haas stellt den Antrag, dass die Gemeinde Wien sich an den vom Wiener Krankenanstalten-fond angesprochenen Darlehen von 10 Millionen Kronen mit einem Drittel des Betrages unverzinslich auf ein Jahrunter der Bedingung beteiligt dass der Staat und das Land ebenfalls je ein Drittel unter den gleichen Bedingungen übernimmt.

GR. Dr. Loewenstein unterstützt den Antrag wärmstens und bemerkt, dass mit der jetzigen Lösung, die als Provisorium gilt, durch die geänderten Verhältnisse nicht das Abkommen gefunden werden kann, weil die Schuldenlast heute 66 Millionen Kronen beträgt und dagegen nur 72 Millionen Kronen Aktive in Realitäten gegenüberstehen. Es wäre zu wünschen, dass der Krankenanstaltenfond endlich einmal so saniert wird, dass keine Beeinträchtigung der Betriebsführung stattfindet. Wie die Verhältnisse beim Krankenanstaltenfond liegen, so liegen sie auch bei den Kinderspitälern. Es ist zu befürchten, dass, wenn nicht das Staatsamt für Volksgesundheit sämtliche Wiener Kinderspitäler subventioniert, diese innerhalb eines Zeitraumes von 2 Monaten ihrem Betrieb vollständig sperren müssen.

Der „Verein österreichische Gesellschaft vom roten Kreuz“ hat an das Staatsamt eine Eingabe bezüglich Untersuchung auf Grund meiner in der letzten Sitzung eingebrachten Interpellation gerichtet. Ich erkläre, dass ich die in der Interpellation aufgestellten Behauptungen voll aufrecht erhalte und freue mich, dass dies bezüglich <sup>eine</sup> amtliche Untersuchung eingeleitet wird, weil mir dadurch die Möglichkeit geboten wird, das Publikum über dies seit Jahren bei der Gesellschaft vom roten Kreuze bestehenden nicht richtigen Vorgänge aufzuklären. Die Heeresverwaltung hat dem roten Kreuze eine halbe Milliarde zur Verfügung gestellt. Um den Irrglauben des Publikums zu bannen, dass die Gesellschaft vom roten Kreuz alles aus eigenem Aufgebracht hat, habe ich die Interpellation eingebracht. Die Bundesleitung hat nur Reklame getriebene Auszeich-

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Jenny Michlew.*  
Wien. I. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 25. November 1918. Nr. 429.

Abgabe von Einheits- und Extremrindfleisch. In der mit Donnerstag, 28. d.M. beginnenden Abgabewoche von Einheits- und Extremrindfleisch werden von den Rindfleischereinkaufsscheinen die mit dem Buchstaben U versehenen Abschnitte und zwar bei einmaligen Bezüge der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezüge in zwei Teilen gesondert abgetrennt, Die Wochenmenge beträgt für jede Person des Haushaltes 1/8 kg einschließlich der Zuwage. In den künftigen Wochen gelangen beim Fleischbezüge die noch am der linken Seite des Einkaufsscheines befindlichen *Reste mit dem Zusatz in verbleibendem Teil zur Bekämpfung.*

## 2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 25. November 1918. Nr. 430.

Konstituierende Sitzung des paritätischen Ausschusses des Arbeitsnachweises der Stadt Wien. Dieser Tage fand im Rathaus unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner die erste Sitzung des paritätischen Ausschusses des Arbeitsnachweises der Gemeinde Wien statt, Der Vorsitzende führte in seiner Begrüßungsansprache aus, dass er bereits vor 20 Jahren bei der Schaffung des Arbeitsvermittlungsamtes für die Einsetzung eines paritätisch aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern zusammengesetzten Beirates eingetreten sei, damals leider erfolglos. Er betonte ferner, dass die schwierigen Aufgaben, die dem Arbeitsnachweise in der kommenden Zeit erwachsen, nur dann gelöst werden können, wenn dem Amte Fachleute aus der Gruppe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Seite stehen. Der Ausschuss soll nicht bloss ein beratendes Organ sein, sondern selbst auch tätig mitarbeiten. Der Bericht des Direktors des Arbeiterfürsorgeamtes über die abgelaufene Tätigkeit des Arbeitsnachweises und die derzeitige Lage des Arbeitsmarktes gaben Anlass zu einer regen Aussprache und zur Stellung mehrerer Anträge, die sich auf die Beschäftigung Arbeitsloser, die erleichterte Ausstellung von Arbeitsbüchern, die Eindämmung der gewerbmässigen Stellenvermittlung und auf die Lokalfrage bezogen.

Briefkatalog der Stadt Wien. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung einen Zuschuss von 1580 Kronen für die Drucklegung des ersten Bandes des Briefkataloges der Stadt Wien genehmigt. Dieser Briefkatalog wird in der nächsten Zeit erscheinen, einen grossen und nachhaltigen Einfluss zu machen, dass in dem Augenblick, da der Nationalrat von Deutschösterreich das deutsche Sprach- und Volksgebiet in Oesterreich zu verteidigen unternimmt, dieses Dokument der kulturellen Zusammengehörigkeit unseres Stammes mit dem grossen deutschen Volke in die Welt tritt. Indem die Stadt

Wien als erste unter allen deutschen Städten erweist, dass sie mitten im Ernste der Zeit die Förderung idealer Kulturzwecke nicht vergisst, stellt sie sich auf den ihr gebührenden Rang als eines der hervorragendsten Zentren des deutschen Geisteslebens und bekundet zugleich ihr festes Vertrauen auf die deutsche Zukunft.

Die Frauenmandate der freiheitlich bürgerlichen Partei. Der Verband der bürgerlich freiheitlichen Gemeinderäte hat für die beiden ihm zugewiesenen Frauenmandate für das erste Mandat über Vorschlag des Bundes der österreichischen Frauen Frau Maria Schwarz, Bürgerschuldirektorin und Präsidentin des Vereines der Lehrerinnen und Erzieherinnen und für das zweite Mandat über Vorschlag des allgemeinen Frauenvereines Frau Anitta Müller nominiert. Die ursprünglich für das erste Mandat über Vorschlag des Bundes der österreichischen Frauen nominierte Vorkämpferin für das Frauenstimmrecht und Präsidentin des Frauenstimmrechtsvereines Frau Ernestine von Fürth hatte aus privaten Gründen die Berufung abgelehnt und zu Gunsten der zweiten Vorsitzenden des Frauenstimmrechtsvereines Frau Maria Schwarz auf das Mandat verzichtet.

Bezirksratssitzung. Die Bezirksvertretung Mariahilf hält Donnerstag, 28. d.M. 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Vom städtischen Landwirtschaftsamt. Der Gemeinderat hat in seiner letzten vertraulichen Sitzung den bisherigen Leiter des städtischen Landwirtschaftsamtes Obertierarzt Dr. Josef Stehlik zum Direktor und den Magistratssekretär Anton Hölblinger zum Direktor-Stellvertreter des Landwirtschaftsamtes ernannt und den Prokuristen der A.G. für Zuckerindustrie in Göding Johann Hamscha zum landwirtschaftlichen Konsulenten der Gemeinde Wien bestellt.

Auszeichnungen. Der Gemeinderat hat dem Bürgerschuldirektor im Ruhestande Hugo Muschka und dem Oberlehrer i.R. Eduard Korn in Anerkennung und Würdigung ihrer langjährigen verdienstvollen Wirksamkeit im Schuldienste das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Nachsicht der Taxen verliehen.

Zur Kohlenversorgung Wiens. Nach Mitteilungen, die aus Prag hier eingelangt sind, wird erst heute in Prag der entscheidende Ministerrat über den Export von Kohle aus dem Ostrau Karwiner Gebiet nach Wien abgehalten.

2. Ausgabe.

=====

21. Jahrgang. Wien, Montag, 25. November 1918. Nr 430.

=====

Gemüsesammelplätze. Die Verordnung des d.ö. Staatsamtes für Volksernährung, mit welcher die seinerzeitige Festsetzung von Höchstpreisen für Frischgemüse, bezw. die Transportbescheinigungen von Frischgemüse ausser Kraft gesetzt wurden, haben die Gemüsehändler- und Gärtner Wiens zu der irrigen Annahme verleitet, dass auch die marktämtlich festgesetzten Verkaufspreise ihre Giltigkeit verloren haben und ebenso die im Vorjahre erlassenen Statthaltereikundmachungen über die Errichtung von Gemüsesammelplätzen aufgehoben seien. Demgegenüber wird aufmerksam gemacht, dass weder die jeweils marktämtlich festgesetzten Verkaufspreise für Gemüse, noch die Einrichtung der Gemüsesammelplätze in irgend einer Weise auch nur im Entferntesten berührt werden, dass also nach wie vor der direkte Einkauf von Gemüse beim Erzeuger und der Verkauf durch den Erzeuger ausserhalb der Gemüsesammelplätze ausnahmslos verboten ist.

-----

Bürgerklub. Der Bürgerklub trat heute unter dem Vorsitze seines Obmannes Reg. Rat Schmid zu einer Sitzung zusammen, um zur Neukonstituierung des Gemeinderates Stellung zu nehmen. Ueber Antrag des Klubobmannes wurde die Neuaufnahme der durch den Parteirat der Wiener christlichsocialen Partei cooptierten neuen 13 Mitglieder des Gemeinderates einstimmig beschlossen. - G. R. Kunschak beantragte die Wiederwahl des Bgm. Dr. Weiskirchner und der Vicebgm. Hoss und Rain. Dieser Antrag wurde debattelos unter lebhaftem Beifall einstimmig zum Beschlusse erhoben. - Für die der Partei zufallenden Stadtratsmandate wurden die bisherigen Träger dieser Mandate Angermayer, Breuer, Dechant, Dr. Haas Heindl, Hötzel, Jung, Knoll, Körber, Müller, Schmid, Schneider, Schwer, Spalovsky und Tomola wieder bestimmt. Neu aufgestellt wurde G. R. Vaugoin und Dr. Viktor Kienböck.

-----

Zur Strassenbahnfrage. Dem Bürgermeister kam ein Erlass des Staatsamtes für öffentl. Arbeiten zu, in welchem im Hinblick auf den noch immer andauernden Kohlenmangel Einschränkungen des Strassenbahnverkehrs gefordert werden. Der Bürgermeister hat eine kommissionelle Beratung dieses Gegenstandes für heute im Magistrate mit den Direktoren der städt. Unternehmungen angeordnet und wird eine Obmännerkonferenz sich in den nächsten Tagen mit dem Gegenstande befassen. - Eine Entscheidung ist also derzeit nicht erflossen.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur **Jenny Michow.**  
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 26. November 1918. No 432.

Nachrichten von Kriegsgefangenen. Nach einer längeren Pause sind an den Bürgermeister wieder Nachrichten von Kriegsgefangenen eingelangt. Die aus Sibirien eingelangten Nachrichten entstammen allerdings bereits vom März und April d.J. und ist die erste Post, die nach langer Zeit wieder aus Sibirien angekommen ist. Es würde dies dafür sprechen, dass die solange unterbundene Verbindung mit dem fernen Osten nun doch wieder zu funktionieren beginnt. Der eine, der an den Bürgermeister gerichteten Briefe von Pjestschanka, welcher bereits unzensuriert über Kopenhagen nach Wien gelangte, schildert die Folgen der Bolschewikiherrschaft in Russland, durch welche die Lage der Gefangenen teils besser, teils schlechter wurde; besser insoferne, weil die Bewachung des Lagers aufgehoben wurde und die Gefangenen die Freiheit erlangten, schlechter, weil die Verpflegung immer schwieriger wird und die Preise unaufhaltsam weitersteigen. In diesem Lager befindet sich auch der Wiener Volksliederdichter Ludwig Gruber, welcher in der Gefangenschaft eine Reihe von Volksstücken und Operetten schrieb, die zum Teil auch im Lager durch die Gefangenen zur Aufführung gelangten und zwar mit solchem Erfolg, dass einige Stücke über 15 mal wiederholt werden mussten. Die Nachrichten und Grüsse des Bürgermeisters aus Wien lösten in den Lagern jedesmal grosse Freude ein. Der zweite Brief stammt aus Dubowka und befasst sich mit der Frage der Unterstützung der dortigen Kriegsgefangenen. Ein dritter Brief ist von den Zivilinternierten auf der englischen Insel Man an den Bürgermeister eingelangt, worin diese um Intervention wegen sofortiger Heimkehr bitten.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 26. November 1918. No 433.

Fürsorge für verwaarloste Jugend. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola beschlossen, zur Durchführung der Fürsorge für verwaarloste Jugend einen Betrag von 700.000 Kronen in der Voraussetzung zu bewilligen, dass das Land einen Betrag von 300.000 Kronen und der Staat jene Kosten leistet, die er nach dem Gesetzentwurf über die Fürsorgerziehung zu leisten hätte. Im Flüchtlingslager zu Oberhollabrunn sollen 500 bis 600 Verwaarloste im Alter von 14 bis 16 Jahren untergebracht werden. Der einjährige Aufwand hierfür beträgt rund 2 Millionen Kronen. Ferner sollen im Flüchtlingslager in Pottendorf 100 Kinder, sowie 100 minder erwerbsfähige und erwerbsunfähige Frauen untergebracht werden. Für diese Zwecke wurde ebenfalls ein Betrag von 700.000 K unter der Voraussetzung bewilligt, dass das Staatsamt für Gesundheitswesen mit Rücksicht darauf, dass die Fürsorge tuberkulös gefährdeten Familien zugute kommt, ein Viertel der Kosten zur Zahlung übernimmt.

Die Schneesäuberung im laufenden Winter. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des StR. Spalowsky für die Arbeitsleistung bei der Schneebeseitigung im Winter 1918/19 den Arbeitskräften unter 18 Jahren eine Entlohnung von täglich 8 Kronen, über 18 Jahren eine Entlohnung von täglich 10 Kronen zu bewilligen.

Preisverteilung an Kriegsgemüsegeärtner. Am vergangenen Sonntag nahm Bürgermeister Dr. Weiskirchner im Festsale des Rathauses in Anwesenheit zahlreicher Persönlichkeiten die Ueberreichung der vom Stadtrate bewilligten Preise für besonders zweckmässige und eifrige Bearbeitung von Kriegsgärten durch Schulen und Kriegsgemüsegeärtner vor. Der Obmann des Preisgerichtes Dr. Klotzberg eröffnete die Feier mit einer kurzen Ansprache in welcher er darauf verwies dass auch eine Reihe von Künstlern, wie die Burgtheatermitglieder Bleibtren, Dietke, Wawra und Häussermann unter die Kriegsgemüsegeärtner gegangen seien. Nach einer Dankesrede des Bürgermeisters an Alle um die Aktion verdienten Persönlichkeiten schloss mit der Verteilung der Preise (10-Kronen Käassenscheinen der Stadt Wien) die Feier.

Obmännerkonferenz. Die Obmännerkonferenz tritt morgen nachmittags zu einer Sitzung zusammen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.

Wien. A. Neues Rathaus.

3. Ausgabe.  
=====

= 21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 26. November 1918. N 434  
=====

Der Durchgang durch die Hofburg. In Anbetracht der grossen Nachteile, welche die Sperrung der Hofburg für die zahlreichen Fussgeher, die von den westlichen Bezirken in die innere Stadt oder umgekehrt gelangen wollen, mit sich bringt, hat sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner an den Staatsnotar Dr. Sylvester mit der Bitte gewendet, im Einvernehmen mit dem Staatsamte für Heerwesen die Wiedereröffnung des Durchganges durch die Hofburg zu veranlassen. Wie Dr. Sylvester mitteilte wird von morgen an die Passage von der Bellaria zum Ballhausplatz längs des Volksgartens und der Volksgarten selbst eröffnet werden.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 27. November 1918. N<sup>o</sup> 435.

Fürsorge für eingerückte Strassenbahnen. Die eingerückten Strassenbahnangestellten hatten, da ihnen ihre Dienstposten und ihre Ansprüche an die Pensionseinrichtung während ihrer militärischen Dienstleistung gewahrt blieben, die 7 %igen Beiträge zu den Fonds und die 2 %igen an die Krankenkasse zu zahlen. Mit Rücksicht darauf, dass sie jedoch während ihrer militärischen Dienstleistung nicht die vollen Bezüge erhielten, wurde von ihnen die Zahlung während dieser Zeit nicht verlangt, sondern die Beiträge auf Grund eines Stadtratsbeschlusses als Vorschüsse an den betreffenden Angestellten angewiesen. Die jetzt zurückkehrenden Angestellten wären also je nach der Dauer der Einrückung 9 bis 36 % ihrer Bezüge schuldig. Unter Berücksichtigung der heutigen Teuerungsverhältnisse hat nun der Gemeinderat auf Grund eines Berichtes des Stadtrates Schneider den Zurückgekehrten diese Rückstände einfach nachgesehen und werden dieselben trotzdem sie sich auf mindestens rund 3'7 Millionen Kronen belaufen, aus Betriebsmitteln gedeckt werden.

Ernennungen. August Prade und Josef Lindner wurden zu Steueramtskontrolloren, Karl Schrom zum Steueramtsadjunkten, Karl Urban zum Marktamtsoffizial ernannt. Ferner wurde im Stadtbauamt Karl Ehn zum städtischen Architekten 2. Klasse ernannt.

Lehrererernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Karl Eilenberger, Michael Fischer und Ernst Lehniger zu Volksschullehrern 1. Klasse, Lucie von Amon und Aloisia Beranek zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse und Rudolf Schmidt zum Bürgerschullehrer.

Bezirksratssitzung. Die Bezirksvertretung Floridsdorf hält morgen 28. d.M. um  $\frac{1}{2}$  3 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Verband der bürgerlich freiheitlichen Gemeinderäte. In der gestern unter dem Vorsitze des Obmannes StR. Dr. Hein abgehaltenen Sitzung des Verbandes der bürgerlich freiheitlichen Gemeinderäte, an welcher bereits die weiblichen Verbandmitglieder Frau Direktor Marie Schwarz und Frau Anitta Müller teilnahmen, wurde der Beschluss gefasst, gegen die Verminderung des Besitzstandes um ein Mandat und gegen die ungenügende Vertretung des Verbandes im Präsidium Einspruch zu erheben, aber mit Rücksicht auf die auch von dem Verbands als notwendig und dringlich anerkannte Demokratisierung der Gemeinde der Konstituierung der provisorischen Gemeindeversammlung auf der vorgeschlagenen Grundlage kein Hindernis zu bereiten. Der Verband wird eine entsprechende Vertretung im Heimats- und Bürgerrechtsausschusse und in den neu zu schaffenden Bezirksvertretungen, sowie die Umgestaltung der Armen- und Ortsschulräte verlangen. Als Kandidaten für den Stadtrat wurden die bisherigen Stadträte Dr. Hein und Hochensinner und als dritter Stadtrat GR. Melcher und als Schriftführer GR. Moissl aufgestellt.

Von der Strassenbahn. Die Beförderung von Wintersportgeräten (Skier und Rodeln) ist auf allen Linien der städtischen Strassenbahnen (auch Dampfstrassenbahn) im Winter 1918/19

436

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien, I., Neues Rathaus.

2. Ausgabe.

---

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 27. November 1918. Nr 436.

---

## Obmänner - Konferenz.

---

Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hoss und Rain fand heute die 110. Obmänner-Konferenz statt. Den Gegenstand der Beratungen bildete die Rückwirkung der gegenwärtigen Kohlnot auf den Betrieb der drei grossen städtischen Unternehmungen, Gaswerke, Elektrizitätswerke und Strassenbahn. Nach umfassenden Berichten der Referenten machten die Direktoren Karel und Menzel Mitteilung, dass vom Staatsamte für öffentliche Arbeiten auf Grund einer heute dort abgehaltenen Sitzung beabsichtigt sei, eine weitere Verschärfung der vor Kurzem verfügten Spar- und Sperrmassnahmen für Haushaltungen und Geschäftsbetriebe in Aussicht genommen sei.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner brachte eine Zuschrift des Staatssekretäres für öffentliche Arbeiten Zehrdik zur Kenntnis. In dieser betont das Staatsamt, dass bei Hinausgabe der Vollzugsanweisung der n.ö. Landesregierung vom 14. November 1918 wegen Verschärfung der Sperrmassnahmen auf eine Drosselung des Strassenbahnverkehrs, so erstrebenswert diese wegen des bisherigen Ausbleihens aller Kohlenzufuhren erscheine, nicht Bedacht genommen wurde, weil die Regelung dieser Einschränkung gemäss § 30 der Ministerial-Verordnung vom 1. Dezember 1917 dem Staatsamte für Verkehrswesen im Einvernehmen mit dem Staatsamte für öffentliche Arbeiten vorbehalten ist. Der Staatssekretär ersucht daher den Bürgermeister, unverzüglich Anträge wegen Drosselung des Strassenbahnverkehrs beim Staatsamte für Verkehrswesen zu stellen und teilt mit, dass der Staatssekretär unter einem an das Staatsamt für Verkehrswesen mit dem Ersuchen herantrete, im Hinblick auf die ausserordentlich bedrängte Lage der Elektrizitätswerke Wiens eine entsprechende Einschränkung des Strassenbahnverkehrs zu veranlassen.

Die Obmännerkonferenz nahm die Mitteilungen zur Kenntnis und gelangte nach einer Wechselrede, an welcher sich sämtliche Mitglieder beteiligten zu folgendem Beschlusse: Die Obmänner - Konferenz des Wiener Gemeinderats warnt mit Rücksicht auf die Lage der Bevölkerung Wiens vor einer weiteren Drosselung des Strassenbahnverkehrs und ersucht die Gesamtregierung, dass mit noch grösserem Nachdruck alles aufgeboten werde, um die nötige Anzahl Waggon Kohle aufzubringen, um diese Drosselung zu vermeiden, da sie die Verantwortung für die Folgen einer in das Wirtschaftsleben tief einschneidenden Massnahmen nicht übernehmen könne.

---

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michlew.  
Wien. I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21er Jahrgang, Wien, Donnerstag, 28. November 1918. Nr 437.

Italienisches Militär in San Pallgio. In der heutigen Stadtratsitzung teilt Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit, dass sich italienisches Militär im Seehospiz der Stadt Wien zu San Pelagio einquartiert habe, um bei einem eventuellen Zusammenstoss mit den Jugoslawen im Notfalle das Hospiz als Spital in Anspruch zu nehmen. Der Bürgermeister liess sich vom Stadtrate die Ermächtigung erteilen im Wege der schweizerischen Gesandtschaft ein Telegramm an das italienische Oberkommando zu senden, in welchem um Schutz für die Anstalt gebeten wird.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 28. November 1918. Nr 438.

Aus dem Stadtrat. Nach einem Antrage des StR. Schwer wurde der Ankauf von zwei Pumpen für die städtische Feuerwehr mit einem Kostenbetrage von 46.000 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des VB. Rain leistete die Gemeinde Wien, städtische Leichenbestattung, zum Zwecke des Schutzes der Objekte der Gemeinde Wien, Admonter Torfindustrie in Aigen bei Admont einen Betrag von 600 K zum Unterhalte der dortigen Bürgerwehr. - Nach einem Antrage des StR. Dr. Haas wurde für die Neupflasterung der Zaunergasse von Nr 1 bis 3 im 3. Bezirk ein Betrag von 21.355 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Tomola werden vom Komitee für den Haus sammeldienst 1000 m Halbpapierstoff für das städtische Jugendamt zum Selbstkostenpreis angekauft. -

Vom Volksrestaurant Krapfenwaldl. Der Stadtrat hat einem Ansuchen des Pächters des städtischen Volksrestaurants Krapfenwaldl zugestimmt, das Restaurant für die Dauer des Lebensmittelmangels nur an Sonn- und Feiertagen offen zu halten.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michlew,  
Wien. 1., Neues Rathaus.

3. Ausgabe.

=====

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 28. November 1918. No 439.

-----

Abgabe von Pferdefleisch auf Grund der amtlichen Einkaufs-  
scheine. Ueber Auftrag des Staatsamtes für Volksernährung  
darf vom Samstag, 30. d.M. angefangenen Pferdefleisch nur  
gegen Vorweisung der amtlichen Einkaufscheine ( grün, blau,  
gelb, weiss ) und Abtrennung eines jeweilig zu verlaut-  
barenden Abschnittes durch befugte Pferdefleischverkäufer  
zur Abgabe gelangen. Bis auf weiteres hat diese Abgabe  
gegen Abtrennung des mit der Ziffer „11“ versehenen Abschnit-  
tes der amtlichen Einkaufscheine durch den Verkäufer zu  
erfolgen, und zwar wird bis auf weiteres abgegeben: an  
Einzelperson und Haushalte mit 2 Personen  $\frac{1}{2}$ kg, an Haus-  
halte mit 3 bis einschliesslich 4 Personen 1 kg, an  
Haushalte mit 5 Personen und darüber  $1\frac{1}{2}$  kg.

Die Ausgabe von Pferdefleisch in der städtischen  
Grossmarkthalle findet vom 30. d.M. an nicht mehr statt,  
sondern erfolgt die Abgabe nur in den Betriebsstätten der  
befugten Pferdefleischhauer und Pferdefleischverschleisser.  
Bei den Ständen der Grossschlächtereier wird Pferdefleisch  
nur an die <sup>dort</sup> rayonierten Mindestbemittelten auf Grund des  
rosa Einkaufscheines für Wohlfahrtsfleisch abgegeben.

Die Pferdefleischverkäufer werden verpflichtet, die  
Abschnitte gut aufzubewahren und in einer in der Verord-  
nung besonders vorgeschriebenen Weise zur Kontrolle zu  
bringen.

-----

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler.  
Wien. 1. Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

=====

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 29. November 1918. Nr. 440.

-----

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. In der 82. Woche wird mit Genehmigung des deutschösterreichischen Amtes für Volksernährung an die Besitzer der rosafarbigem Einkaufscheines Wohlfahrtsfleisch und zwar 12½ dkg auf den Kopf und die Woche zum Preise von 36 h gegen Abtrennung des Abschnittes U in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlächtereier an folgenden Tagen abgegeben werden: Sonntag, 1. Dezember A bis F, Dienstag, 3. G bis K, Donnerstag, 5. L bis R und Samstag, 7. Dezember S bis Z. Ausser diesem Bezug von Wohlfahrtsfleisch sind die Mindestbemittelten selbstverständlich auch berechtigt, Pferdefleisch, das für den allgemeinen Konsum bestimmt und bei allen Pferdefleischhauern und Pferdefleischverschleissern erhältlich ist, gegen Abtrennung der entsprechenden Abschnitte von ihrem blauen, gelben oder grünen amtlichen Einkaufsschein zu beziehen.

-----

## 2. Ausgabe.

=====

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 29. November 1918. Nr. 441.

-----

Subventionen. Nach einem Antrage des StR. Tomola wurden folgende Subventionen genehmigt: dem Verein „Kinderschutzstationen“ 2000 Kronen zur Bekleidung der Anstaltskinder. - Der Genossenschaft der Tapezierer eine Subvention von 1200 K für die fachliche Fortbildungsschule. - An 41 humanitäre Vereine Weihnachtssubventionen in derselben Höhe wie im Vorjahre.

-----

Aus dem Stadtrat. Nach einem Antrage des StR. Körber wurde Einbeziehung des Herrenbades 1. Klasse des städtischen Strandbades „Gänsehäufel“ ins Familienbad und die Ausgestaltung des Herrenbades 2. Klasse mit einem Kostenbetrage von K18.000 genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Spalowsky wurde die Parzellierung von Liegenschaften im 13. Bezirk nächst dem Hietzinger Kai und der Steckhovengasse auf 8 Baustellen und 2 Vorgartenparzellen genehmigt.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur **Johann Michew.**  
Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, 30. November 1918. Nr. 442.

Ausgabe der Milchkarten für Kinder bis zu 2 Jahren. Am 8. Dezember treten neue Milchkarten für Kinder im Alter bis zu 2 Jahren in Kraft. Die Haushalte, welche auf eine solche Milchkarte Ansprüche besitzen, können diese vom 3. Dezember angefangen an einem beliebigen Wochentage bei der zuständigen Brot- und Mehlkommission während der Amtsstunden beheben. Die mit der Behebung beauftragte Person hat die bisherige Kindermilchkarte und ein Dokument des Haushaltungsvorstandes (Taufschein, Geburtsschein, Trauungsschein, Heimatschein, Gewerbeschein, Arbeitsbuch, Dienstbotenbuch, amtliche Legitimation u.dgl.) vorzuweisen.

Kohlenausgabe. Infolge der Beschlagnahme der Braun- und Steinkohlensendungen im tschecho-slovakischen Staate, gelangte von der Ersteren kaum die Hälfte, von der letzteren bis Samstag überhaupt nichts nach Wien. Infolge der Ereignisse in Brno und der Einstellung der Aussig-Teplitzer Eisenbahn hat sich die Lage plötzlich noch weiter verschärft, sodass mit einem noch geringeren Einlauf von Braunkohle gerechnet werden muss. Infolgedessen kann die in den Tagesblättern vielfach erörterte Erhöhung des Küchenbrandes nicht eintreten. Die Bevölkerung ist daher nach wie vor zur äussersten Sparsamkeit beim Verbräuche von Brennstoff genötigt. Die Quote für Küchenbrand bleibt für die kommende Woche mit 20 kg Steinkohle bez. 25 kg Braunkohle aufrecht. Die Monatsmenge für Dezember wird auf Grund der Gewerbebezugskarten für einen Betriebsbrand mit 100 kg, für einen Heizbrand mit 80 kg Steinkohle festgesetzt. Auf Grund der Bezugsscheine wird für Betrieb die unter dem Buchstaben B, für Heizung die unter dem Buchstaben C festgesetzte Monatsmenge ausgegeben.

2. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 30. November 1918. Nr. 443.

Errichtung eines Mietsamtes der Stadt Wien.

Nach der Vollzugsanmeldung des deutschösterreichischen Staatsrates vom 13. November betreffend die Anforderung von Wohnungen kann gegen die Entscheidung der Gemeinde Wien Einspruch an das Mietsamt erhoben werden, welches letzteres endgültig entscheidet. Die Entscheidungen der Gemeinde werden durch das Wohnungsamt der Stadt Wien getroffen. Wenn der Rechtszug nun an die bestehenden Mietamts-Senate ginge, so käme man zu einem verwaltungstechnisch ganz unmöglichen Zustand, dass über die Entscheidung einer einzigen Unterbehörde 21 Ober Instanzen rechtzusprechen hätten; dies würde eine vollständige Zersplitterung und Lahmlegung der Praxis zur Folge haben. Nach § 12 der Mieterschutzverordnung kann der Gemeindevorstand (Stadtrat) die Errichtung mehrerer Mietämter beschliessen und hat ihren örtlichen Wirkungskreis festzusetzen. Es liegt daher nichts im Weg, alle Einsprüche gegen Anforderungen einem einzigen Mietamtssenate mit dem Wirkungskreise für ganz Wien zuzuweisen, wodurch allein eine einheitliche und rasche Erledigung möglich wird.

Der Stadtrat fasste daher den Beschluss, auf Errichtung eines Mietsamtes mit der Zuständigkeit für ganz Wien hinsichtlich aller nach der oben erwähnten Vollzugsanweisung zu treffenden Entscheidungen. Das Mietamt hat wegen der Wohnungsamtes seinen Sitz beim magistratischen Bezirksamte für den 8. Bezirk und besteht vorläufig aus einem Senate. Der Bürgermeister bestellte als Vorsitzenden dieses Mietsamtes Magistratssekretär Dr. Felix Lippert, als Beisitzer aus der Vermieterschaft Ortsschulrat Hermann Resch und Häuserverwalter Richard Faltis, als Beisitzer aus der Mieterschaft Bezirksrat Hans Preyer und Sekretär Julius Bermann.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat tritt bekanntlich Dienstag nachmittags 5 Uhr zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen, in welcher die Wahlen des Bürgermeisters, der Vizebürgermeister, der Schriftführer, der Stadträte, sowie der Mitglieder des Heimatsrechtsausschusses durch Zuruf erfolgen. Der Tag der nächsten Sitzung ist derzeit noch nicht bestimmt. - Mittwoch und Donnerstag tritt der neugewählte Stadtrat zu Sitzungen zusammen.

Abgabe von Unterzündholz durch die Gemeinde Wien. Die Abgabe von je 5 kg Unterzündholz an einen Haushalt für eine Woche erfolgt in der Zeit vom 1. bis 7. Dezember gegen Abtrennung des Ziffernabschnittes 16 des amtlichen Einkaufsscheines. Der Preis des städtischen Holzes beträgt 36 h für 1 kg weiches und 30 h für 1 kg hartes Holz.

Abgabe von Sauerkraut statt Kartoffeln. Mit Rücksicht auf die noch immer andauernde Sperre der Kartoffelzufuhren nach Deutschösterreich kann auch im Laufe der nächsten Woche keine Kartoffelabgabe stattfinden. Dagegen wird vom 5. bis einschliesslich 8. Dezember die Abgabe von Sauerkraut fortgesetzt. Für jede Person kommt  $\frac{1}{2}$  kg zur Abgabe; der Preis für 1 kg beträgt K 2.- Die Abgabe erfolgt nur gegen Abtrennung des Abschnittes, Ziffer 15 des neuen amtlichen Einkaufsscheines. Die in den einzelnen Abgabestellen übrig gebliebene Menge wird am 9., 10. und 11. Dezember frei abgegeben.